



Agnes Alpers Aktuell

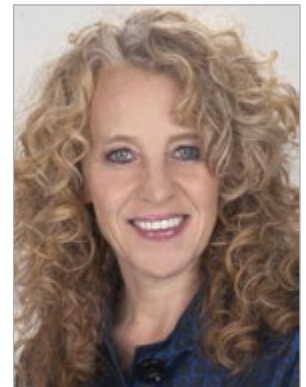


© Gerd Altmann/pixelio.de

© Manfred Schimmel/pixelio.de

Liebe LeserInnen,

am 21. März 2013 haben wir vor dem Brandenburger Tor zum Equal-Pay-Day demonstriert. Erst an diesem Tag haben Frauen das Jahresgehalt erhalten, das Männer für gleichwertige Arbeit bereits Ende 2012 erhalten haben. Frauen bekommen immer noch mehr als 22 Prozent weniger Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit – und weniger Rente, im Durchschnitt halb so viel wie Männer. Millionen von Frauen arbeiten in Minijobs, Altersarmut ist aber nicht nur weiblich. Die Hälfte der jungen Menschen bis 34 Jahre arbeitet befristet. 2,2 Millionen Menschen zwischen 20 und 34 Jahren haben keinen Berufsabschluss. Millionen von Menschen arbeiten prekär: Eine Million Menschen verdienen weniger als 1000 Euro brutto auf einer Vollzeitstelle. Millionen von Frauen arbeiten in Minijobs.



Die Altersarmut breitet sich immer weiter aus. Alle Menschen haben das Recht in Würde zu leben. Dazu müssen nicht nur bedarfsgerechte Wohnungen geschaffen und eine umfängliche Gesundheitsvorsorge gewährleistet werden, sondern eine umfassende Teilhabe gesichert sein. Aus diesem Grund stehen wir als Linke für eine Solidarische Mindestrente von 1050 Euro als Untergrenze. Darüber hinaus wollen wir das Rentenniveau stabilisieren und schrittweise auf 53 Prozent des letzten Bruttoeinkommens anheben. Das bedeutet sichtbare Rentenerhöhung für viele RentnerInnen. Wer 40 Beitragsjahre in die Rentenkasse eingezahlt hat, wird abschlagsfrei eine gute Rente erhalten. Finanzieren wollen wir all diese Erhöhungen, indem alle in die gesetzliche Rentenversicherung einzahlen: ArbeiterInnen, Angestellte und BeamtenInnen und FreiberuflerInnen wie ÄrztInnen, AnwältInnen und PolitikerInnen.

Wir haben uns zum Thema „Altersarmut“ auf den Weg gemacht, mit unterschiedlichen Menschen und VertreterInnen unterschiedlicher Institutionen Aspekte von Altersarmut zu beleuchten. Wir möchten mit unseren Beiträgen eine breite Diskussion zu diesem Thema anregen.

Wir wünschen allen eine interessante Lektüre
Ihre/eure Agnes Alpers



ARMUTSFALLE - ALTER

INHALTSVERZEICHNIS

| | |
|---|----|
| Giselle Gründlich | 3 |
| Das Alter und der nötige Mut | 4 |
| Was ist Armut – Definition | 5 |
| Arm, ärmer, am ärmsten, wie Armut messbar wird | 6 |
| Altersarmut beginnt bereits im Erwerbsleben | 7 |
| Altersarmut – zum Leben zu wenig, zum Sterben zu viel | 9 |
| Zahlen zur Armutsgefährdung in der Bundesrepublik | 11 |
| Zur Rentenentwicklung | 12 |
| Das Rentenkonzept der Linken | 13 |
| Wer hat Anspruch auf Grundsicherungsleistungen | 14 |
| Reich, reicher, am reichsten - zur Vermögensverteilung in Deutschland | 16 |
| Anmerkungen zur Vermögensverteilung | 17 |
| Psychische Probleme als Folgeerscheinungen prekärer Lebenslagen | 18 |
| Die Landesarbeitsgemeinschaft (LAG) Senioren | 20 |
| Wenn Frauen alt werden | 22 |
| Einmal im Jahr ist Internationaler Frauentag | 23 |
| Wohnsituation von SeniorInnen | 24 |
| Hilfe zu Hause durch das Dienstleistungszentrum (DLZ) | 25 |
| Das Betreuungsgeld verschärft Altersarmut | 27 |
| Standortvorteil für wen? Minijobs fördern Altersarmut | 28 |
| Armut fängt nicht erst mit der Rente an | 29 |
| Die zwei Gesichter der Tafeln | 31 |
| Altersarmut aus der Sicht der Arbeiterwohlfahrt | 32 |
| Altersarmut bei MigrantInnen | 34 |
| Interview mit dem Pflegewissenschaftler Stefan Görres | 36 |
| Und wenn sie nicht gestorben sind, dann leben sie noch heute | 41 |
| Impressum | 42 |

Giselle Gründlich

.....
 Giselle Gründlich ist eine fiktive Figur, die meint, im Abgeordnetenbüro von Agnes Alpers als Reinigungsfachkraft zu arbeiten. Leider kommt sie ihrer eigentlichen Aufgabe nur gelegentlich nach, denn der politische Alltag holt sie immer wieder ein, zumal sie fest davon überzeugt ist, auch in politischer Hinsicht für Ordnung sorgen zu müssen und sich verpflichtet fühlt, an dieser Stelle ihre Meinung darüber kundzutun.

Guten Tag,

wir, also meine Freundinnen Frau Kaminski, Frau Özul und ich, sind ja nicht mehr die Jüngsten, auch wenn man uns das kaum ansieht. Aber ab und an denken auch wir schon mal daran, wie es denn wohl später aussieht, wenn wir in Rente sind. Wir wollten doch alle zusammen nach Mallorca fahren und unser wöchentliches Kaffeestündchen beim Bäcker um die Ecke wollen wir auch beibehalten. Ich ess da so gerne die Schokoladentorte. Ganz billig ist das alles aber auch nicht. Und wenn wir mal nicht mehr so gut zu Fuß sind, dann müssen wir vielleicht in ein Heim, uns nimmt doch sonst keiner. Das kostet auch wieder ein paar Euro, vor allen Dingen dann, wenn man noch nicht so klapperig ist, dass man Geld von der Pflegekasse dazu bekommt, sondern eben nur so'n büschen tüddelig ist und eben ein wenig Hilfe braucht. Kann ja passieren im Alter.

Ich persönlich muss mir da ja nicht so viele Gedanken machen, ich bin beim Bundestag angestellt und da wird ordentlich gezahlt. Aber bei der Frau Kaminski sieht das schon anders aus. Sie hat immer gearbeitet, von morgens bis abends in einer großen Reinigungsfirma. Viel Geld hat sie dafür allerdings nie bekommen, in der letzten Zeit so um die sieben Euro in der Stunde. Überstunden gibt's nicht, wenn es länger dauert, wird das nicht bezahlt, sie muss ihr Arbeitspensum in einer vorgegebenen Zeit schaffen. Geht auch, sie hat mir mal gezeigt, wie sie mit dem Schrubber über die Flure wirbelt. Mit der Nummer könnte sie sich später ein paar Euro beim Table Dancing dazu verdienen. Nebenbei hat



© Dieter Schütz/pixeliode

sie bis vor ein paar Jahren, nachdem die Kinder aus dem Haus waren, auch noch ihre Mutter gepflegt. Ihren Ex-Mann hat sie nach der Scheidung nie wieder gesehen, gezahlt für die Kinder hat der auch nicht. Ich hab damals ja gleich gesagt, dass sie von dem Kerl die Finger lassen soll.

Nun hat die Rentenkasse ihr geschrieben und mitgeteilt, dass sie man gerade 400 Euro im Monat bekommen soll und somit sich noch etwas vom Sozialamt dazu holen muss. Das wird wieder eine Gerenne geben! Und all die Formulare, die sie da ausfüllen muss! Sie meint, sie würde einfach weiterarbeiten und sich noch etwas zur Rente dazu verdienen, das sei einfacher.

Zum Sozi will sie erst gehen, wenn sie nur noch im Bett liegen kann oder so tüddelig ist, dass sie gar nicht mehr weiß, wer und wo sie ist. Dann sei sowieso alles egal. Stimmt irgendwie.

Frau Kaminski, Frau Özul und ich haben nun beschlossen, eine AltInnen-WG zu gründen. Kerle wollen wir nicht dabei haben. Wir werden uns dann gegenseitig helfen und wenn das Geld nicht reicht, vor die Bürgerschaft ziehen und die Politiker auffordern, uns beim Kathederwechsel zu helfen, professionelle PflegerInnen können wir uns nicht leisten.

Mit freundlichen Grüßen
 Frau Giselle Gründlich

PS: Sollte jemand eine bezahlbare AltInnenwohnung für uns haben, so bitten wir um Information.

Das Alter und der nötige Mut

.....
 Von älteren Menschen ist mitunter der Satz zu vernehmen, alt werden sei nur etwas für Mutige. Auf den ersten Blick spricht daraus die Furcht vor körperlichen Einschränkungen und Schmerzen. Bei genauerem Hinsehen können aber auch andere Lebenssituationen, in die ältere Menschen geraten können, Mut erfordern.

So ist es in erster Linie die Aussicht auf die finanzielle Situation nach dem Ausscheiden aus dem Arbeitsleben, die nicht dazu angetan ist, zuversichtlich zu stimmen. Die Politik der regierenden Parteien ist darauf gerichtet, die Menschen immer länger arbeiten zu lassen und gleichzeitig sinkt der Reallohn vieler Beschäftigter seit Jahren stetig.

Aus diesen beiden Linien der Renten- und der Arbeitsmarktpolitik ist ein klarer Trend abzulesen: Sollte ihnen die Umsetzung dieser Politik gelingen, dann werden immer weniger ArbeitnehmerInnen bis zum gesetzlichen Renteneintrittsalter arbeiten können, weil ihre Gesundheit ihnen ein so langes Erwerbsleben unmöglich machen wird. Die Folge werden spürbare Abschlüge bei den Renten sein. Dabei wird schon die gesetzliche Rente kaum zum Leben reichen, weil zum einen die Zahlungen in die Rentenkassen immer weiter heruntergefahren werden und weil zum anderen eben darum die Höhe der gesetzlichen Rente reduziert wird. Das sind keine guten Aussichten und doch schon heute die Lebenswirklichkeit vieler Menschen.

Im Jahre 2003 führte die rot-grüne Bundesregierung die Grundsicherung im Alter ein, um für diejenigen, deren Einkommen im Alter nicht ausreicht, eine Unterstützungsleistung zu schaffen, die nicht mit der Sozialhilfe identisch sein sollte. Schon der Umstand, dass eine solche Sozialleistung notwendig ist, wirft ein bezeichnendes Licht auf die Entwicklung der Alterssicherung. Doch die Tatsache, dass sich die Anzahl der BezieherInnen dieser Grundsicherung in den Jahren zwischen 2003 und 2010 annähernd verdoppelt hat, macht deutlich,



© Gerd Altmann-Anja Wichmann/pixelio.de

wie dramatisch die politisch angelegte Entwicklung ist und in welchem Maße sie zur Altersarmut als Massenphänomen zu führen droht.

Doch das Leben von älteren Menschen nur über die Berechnung der Höhe der Renten einschätzen zu wollen, griffe zu kurz. Zum Leben im Alter gehört, was auch schon in jungen Jahren die Lebensqualität ausmacht: Es geht auch im Herbst des Lebens darum, ob es gelingt, ein möglichst selbstbestimmtes Leben zu führen und am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben. Folgt man dieser Spur, dann geraten doch wieder die Themen Gesundheit und Pflege, aber auch Mobilität und kulturelles Angebot in den Blick. Es ist ein offenes Geheimnis, dass es hierzulande in Zukunft immer mehr alte Menschen geben wird, und das ist gut so, weil der medizinische Fortschritt für immer mehr Menschen ein langes Leben ermöglicht. Doch kann dabei natürlich nicht geleugnet werden, dass durch diese Entwicklung in Zukunft auch sehr viel mehr Kapazitäten in der Pflege notwendig sein werden. Aktuelle Studien gehen davon aus, dass in den kommenden Jahren rund 200.000 Fachkräfte in der Pflege und viele Tausend Pflegeplätze fehlen werden.

Hinzu kommt, dass die Finanzierung der nötigen Pflegeleistungen in vielen Fällen auf die Betroffenen und ihre Angehörigen zurückfällt, da die Leistungen der Pflegeversicherung bei weitem nicht ausreichen. Sozialleistungen greifen indes erst, wenn weder die Betroffenen noch ihre Familien für die Pflege aufkommen können. Welche Folgen das für die Teilhabemöglichkeiten von alten Menschen hat, liegt auf der Hand.

All die genannten Faktoren werden bei einer Fortschreibung der skizzierten Tendenzen in naher Zukunft tatsächlich zu einer breiten Altersarmut führen. Will man das verhindern, bleibt nur, die gesetzliche Rente wieder auf ein lebensstandardsicherndes Niveau anzuheben und sie durch eine solidarische Rentenversicherung abzusichern. Dazu gehört auch, zu verhindern, dass sich die Arbeitgeber immer mehr aus der Verantwortung für die Rente der Beschäftigten stellen und alle an die gesetzliche Krankenversicherung einzahlen. Diese Forderungen zu stellen und sich für ihre Durchsetzung stark zu machen, erfordert Mut, denn ihnen wird der Widerstand der neoliberalen Sparkommissare entgegenschlagen. Doch diese Forderungen durchzusetzen ist notwendig. Andernfalls nämlich wäre alt werden in der Tat etwas, was viel eigenes Geld oder sehr viel Mut braucht. Das jedoch ist nicht unsere Perspektive.

Was ist Armut - Definitionen

1. Absolute Armut

Absolute Armut ist ein Leben am äußersten Rand der Existenz. In der es Menschen nicht mehr möglich ist, die Grundbedürfnisse im Hinblick auf Nahrung, Kleidung und Unterkunft zu befriedigen. Unter diesen schwierigen Lebensbedingungen müssen Menschen Tag für Tag ums Überleben kämpfen.

Nach der Definition der Weltbank gelten alle Menschen als arm, deren Einkommen pro Tag unterhalb von 1,25 Dollar (ca. 0,95 Cent) liegt. Nimmt man ein Tageseinkommen von 0,95 Cent als Richtwert, dann ist die absolute Armut in den wohlhabenden Industrienationen praktisch nicht vorhanden.

Die schrecklichen Begleiterscheinungen der Armut wie Hunger(-tod), Mangel- und Unterernährung, hohe Kindersterblichkeit oder geringe Lebenserwartungen manifestieren sich in erster Linie in den Schwellen- und Entwicklungsländern dieser Erde. Damit sind wir jedoch keineswegs aus der Mitverantwortung entlassen.

1.1 Relative Armut

Auch in den reicheren Ländern der Erde leiden Menschen unter Armut, Ausschluss und Benachteiligungen infolge krasser sozialer Ungleichheiten. Relative Armut bedeutet kein Leben am physischen Existenzlimit, aber die Einkommen der Betroffenen liegen sehr deutlich unter dem Durchschnittseinkommen der übrigen Bevölkerung. Deshalb spricht die Armutsforschung in diesem Zusammenhang von einer relativen Armut.



© Nepomuk Karbacher, bildern-3po.com

Im Sprachgebrauch der EU gelten Menschen als arm, „... die über so geringe materielle, kulturelle und soziale Mittel verfügen, dass sie von der Lebensweise ausgeschlossen sind, die in dem Mitgliedsstaat, in dem sie leben, als Minimum annehmbar ist.“¹ „Wer relativ arm ist, hat deutlich weniger als die meisten anderen. Sein Einkommen reicht in vielen Fällen nicht aus, um ein annehmbares Leben zu führen.“²

Bedauerlicherweise trifft dieser Sachverhalt in vielen EU-Staaten (wenn auch im unterschiedlichen Maße und Härte), auf stetig wachsende Teile der Bevölkerung zu.

Hierzulange bezeichnen Politik und Verwaltung diejenigen als arm, denen weniger als 50 Prozent des Durchschnittseinkommen zur Verfügung steht.

1.2 Lebenslagenarmut

Mit dem Begriff „Lebenslagenarmut“ soll sich der Fokus nicht nur auf den alleinigen Indikator „Einkommen“ richten, sondern hierbei sollen die verschiedenen Lebensbereiche der Menschen miteinbezogen werden.

Die unterschiedlichen Lebensbereiche, zum Beispiel Arbeit, Einkommen, Wohnung, Pflege, Gesundheit und Bildung werden darauf hin geprüft, ob hier Unterversorgung oder strukturelle Mängel vorliegen, die zu armutsrelevanten Folgen führen. „Eins ist fast allen Versuchen, das Problem „Armut“ zu beschreiben, gemeinsam: Es geht um die ungleiche Verteilung von Chancen, am ge-

sellschaftlichen Leben teilzunehmen.“³ Darüber hinaus dürfen wir bei der Beschäftigung mit dem Thema „Armut“ nicht vergessen, dass alle zugrunde gelegten Vergleichswerte (Mediane, Durchschnitts-, Prozent- oder Äquivalenzwerte) immer normative Festlegungen sind.

1 Definition der Europäischen Union, nach Hauser, 2008, 96 f.

2 Deutsches Institut für Armutsbekämpfung, http://www.armut.de/definition-von-armut_relative-armut

3 ebd.

Arm, ärmer, am ärmsten, wie Armut messbar wird

Um Armut in einer Form messen und vergleichen zu können, wird Armut im Vergleich zum durchschnittlichen Einkommen eines Lande bemessen. Für die verschiedenen Armutsabstufungen gelten EU-weit die gleichen Regelungen:

Armutsgefährdung

... mit weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens gelten Menschen EU-weit als armutsgefährdet.

Existenzminimum

... mit weniger als 50 Prozent des mittleren Einkommens wird die relative Armut bestätigt.

Arm

... mit weniger als 40 Prozent des mittleren Einkommens ist die Armut amtlich festgestellt.



In Deutschland leben zweieinhalb Millionen Kinder in Armut. In Bremen sind es 30 Prozent aller Kinder, in Bremerhaven vier von zehn Kindern.

Altersarmut beginnt bereits im Erwerbsleben!

.....
 Glau**bt** man den Ideologen der derzeitigen Bundesregierung, dann regelt der Markt alle menschlichen Bedürfnisse mit seiner unsichtbaren Hand. Auch die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit hat in dieser Logik nicht in erster Linie politisch, sondern über den Arbeitsmarkt zu erfolgen.



© Gerd Altmann/pixello.de

Dort sollen dann die ganz einfachen Gesetze von Angebot und Nachfrage greifen, um mehr Menschen in Lohn und Brot zu bringen. Auf den ersten Blick klingt das gut, heißt aber nichts anderes, als dass diejenigen, die gezwungen sind, ihre Arbeitskraft zu verkaufen, den Preis für diese Arbeitskraft möglichst niedrig halten sollen, um noch einen Abnehmer zu finden. Auf diese

Um dies sagen zu können bedarf es indes keiner hellseherischen Fähigkeiten. Vielmehr handelt es sich dabei einfach um eine Konsequenz aus der Tatsache, dass die gesetzliche Rente in Deutschland ein Spiegelbild der Situation auf dem Arbeitsmarkt ist. Dies gilt umso mehr, als dass die damalige Bundesregierung aus SPD und Grünen 2001 beschlossen hat, vom Grundsatz der paritätischen Rentenfinanzierung Abschied zu nehmen. Seitdem gilt der Grundsatz der Beitragsatzstabilität, der den so genannten Arbeitgebern geringe Lohnnebenkosten garantiert, auf der Seite der abhängig Beschäftigten jedoch zu einer Lücke in ihrer Rentenfinanzierung führt, die aufgrund der Teuerung immer größer werden wird. Die Menschen sind daher gezwungen, privat für ihre Rente zu sorgen. Im Klartext bedeutet das, einen kalten Lohnraub zu akzeptieren oder die breite Straße zur Altersarmut zu betreten. Beides sind keine wirklichen Alternativen!

Bei einem durchschnittlichen Monatsverdienst von 2700 Euro brutto erhalten RentnerInnen in Zukunft nach 40 Jahren Beitragszahlung in die Rentenkasse gerade mal eine Rente in Höhe der Grundsicherung. Im Osten muss der durchschnittliche Verdienst bei 1700 Euro brutto im Monat liegen. Nehmen wir zum Beispiel einen Tischler in den westdeutschen Bundesländern mit einem Bruttogehalt von 2700 Euro im Monat: Nach über 40 Jahren Erwerbsarbeit wird er eine Rente von 698 Euro erhalten. Nehmen wir einen Tischler, der die gleiche Arbeit in einem östlichen Bundesland tätigt, so erhält dieser nach über 40 Jahren Erwerbsarbeit eine Rente, von der niemand mehr leben kann.

Weise wird vornehm formuliert, dass es eigentlich um den Abbau von gewerkschaftlich erkämpften Rechten und Arbeitslöhnen geht.

Es ist dieser allenthalben vorgetragene Angriff auf die Rechte der abhängig Beschäftigten, der auch verantwortlich ist für die in letzter Zeit zu beobachtende Zunahme der Altersarmut in Deutschland und auch in absehbarer Zukunft weiter Altersarmut produzieren wird.

Reicht schon die beschriebene Entwicklung in der deutschen Rentenentwicklung, um zur Überzeugung zu gelangen, dass hier ein deutliches Umsteuern dringend geboten ist, dann macht der Blick auf die spezifische Situation von Frauen im Lichte der Rentenentwicklung dies in dramatischer Weise deutlich. Frauen leisten immer noch einen Großteil der Hausarbeit und der Kindererziehung. Dadurch fehlen ihnen Zeiten, in denen sie



© Wilhelmine Wulff-All Silhouettes-pixelio.de

durch Erwerbsarbeit Rentenansprüche erwerben können. Zudem bekommen sie nach wie vor für die gleiche Lohnarbeit einen geringeren Lohn als ihre männlichen Kollegen – und also auch eine geringere Rente. An dieser Stelle wird zudem eine Verbindung wirksam, die auf den ersten Blick vielleicht gar nicht sichtbar ist: Durch die Familienpolitik der aktuellen Bundesregierung wird Familien – und insbesondere Frauen – vorgegaukelt, sie hätten die Wahl zwischen der Betreuung ihrer Kinder und der Erwerbsarbeit. Mit dem Betreuungsgeld wird der Verzicht auf die öffentliche Kinderbetreuung sogar gefördert. Gleichzeitig bedeutet dieser Verzicht aber auch einen Verzicht auf Erwerbsarbeit und auf Rentenansprüchen. Das Betreuungsgeld fördert daher auf lange Sicht die Altersarmut von Müttern. Deshalb gilt es tatsächlich den Ausbau von Kitaplätzen voranzutreiben – auch um Altersarmut zu bekämpfen.



© Anna-Lena Ramm/pixelio.de

In der Zusammenschau all dieser Aspekte beweist sich die Feststellung, dass Arbeitsmarkt- und Rentenpolitik stets zusammen zu denken sind, denn ohne gute Arbeit ist auch keine gute Rente zu realisieren. Menschen, die über viele Jahre erwerbslos sind oder nur geringe Löhne erhalten, werden nicht in der Lage sein, im Alter von ihrer Rente leben zu können. Deshalb bedarf es zuerst eines Abbaus prekärer Beschäftigungsverhältnisse. Ebenso bedarf es aber einer solidarischen Rentenversicherung, in die alle Erwerbstätigen einzahlen und damit ein lebensstandardsicherndes Rentenniveau ermöglichen. Darüber hinaus muss sichergestellt werden, dass jeder Mensch im Alter von seiner Rente gut leben kann. Niemand soll im Alter von weniger als 1050 Euro leben müssen.

Die SPD setzt sich für eine Mindestrente von 850 Euro ein. Allerdings muss man bei der SPD-Mindestrente darauf hinweisen, dass eine Mindestrente nur erhält, wer 40 Versicherungsjahre und 30 Beitragsjahre nachweisen kann. Viele Frauen können aber nur 26 bis 28 Jahre Beitragsjahre nachweisen. Das heißt also, dass die meisten Frauen auf der Grundlage der von der SPD favorisierten Rentenberechnung keine Mindestrente erhalten würden. Deshalb setzt sich DIE LINKE. dafür ein, dass jede und jeder eine solidarische Mindestrente von 1050 Euro im Monat erhält – ohne Vorversicherungszeiten.

Von guter Arbeit muss man auch leben können: Deshalb steht DIE LINKE. für einen Mindestlohn von zehn Euro und für eine solidarische Mindestrente von 1050 Euro. Alle Menschen haben das Recht auf ein würdiges Leben im Alter.

Altersarmut - Zum Leben zu wenig, zum Sterben zu viel

.....
 Stellt die Altersarmut derzeit kein drängendes Problem dar - wie es aus dem Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie vom November 2012¹ hervorgeht -, oder wird wie die Nationale Armutskonferenz (nak) in ihrem „Schattenbericht“ warnt, das Alter per se schon in wenigen Jahren „eines der größten Armutsriskien sein“?²

Schenken wir der Werbung Glauben, dann tummeln sich unsere gutsituierten, braungebrannten „Best Ager“ (Senioren mit Kaufkraft) auf den diversen Kreuzfahrtschiffen, auf den Kanaren, in den Wellness-Oasen und Golfplätzen, um ihren Lebensabend fit und entspannt zu genießen. Von Altersarmut weit und breit keine Spur.

Das Bild entspannter und wohlhabender Senioren ist nicht völlig falsch, aber es ist nur eine Seite der Medaille, denn in der Bundesrepublik trifft das auf immer weniger Rentner und Rentnerinnen zu. Tatsache ist: Die Einkommensdifferenz zwischen den heutigen und früheren Rentnern hat sich in den letzten zwanzig Jahren (unter anderem durch staatliche Regulativen, Absenkung des Rentenniveaus, Hartz-Gesetze, Niedriglohnsektor) für die „neuen“ Rentner erheblich verschlechtert. Heute ist eine immer größere Zahl von Rentnern und Rentnerinnen auf die staatliche Unterstützung - auf Grundsicherung im Alter - angewiesen. So hat sich die Zahl der Grundsicherungsbeziehenden seit 2003 von 258.000 auf etwa 436.000 Personen (2011) erhöht.³ Sozialverbände und Gewerkschaften befürchten in den nächsten Jahren einen drastischen Anstieg der Zahlen.



Definition von Altersarmut

Von Altersarmut spricht man dann, wenn der nicht erwerbstätige Teil der Bevölkerung (in der Regel ab 65 plus x) und dauerhaft erwerbgehinderte Erwachsene ihr Lebensbedarf nicht aus den Bezügen und Leistungen der Rentenversicherung und/oder den privaten Vorsorgesystemen decken können.

Faktoren, die zur Zunahme von Altersarmut führen können

Grundsätzlich lässt sich sagen, dass das Risiko Altersarmut steigt, wenn nicht genügend Rentenansprüche in der gesetzlichen Rentenversicherung erworben worden sind, wenn das Einkommen im Erwerbsleben niedriger ausgefallen ist oder gar kein Einkommen zur Verfügung stand. Wissenschaftler und Fachleute führen folgende Gründe dafür an:

Unterbrochene Erwerbsbiographien⁴

Das können Unterbrechungszeiten sein, die zum Beispiel auf Arbeitslosigkeit, Kindererziehung, Pflege, Leiharbeit oder Befristung zurückzuführen sind, im Ergebnis führen sie alle zu geringeren Rentenansprüchen. Insbesondere für alleinerziehende Frauen ist das Risiko in die Altersarmut zu geraten sehr hoch.

¹ Wissenschaftlicher Beirat beim Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, Altersarmut, Gutachten, vom 30. Nov. 2012

² Hrg.: Nationale Armutskonferenz, Die im Schatten sieht man nicht, Leben in Altersarmut, Oktober 2012

³ Pressemitteilung des statistischen Bundesamtes für das Jahr 2011, in Altersarmut, Gutachten vom Nov. 2012, S.3

⁴ A. Börsch-Supan, M. Gasche, B. Lamla: Anmerkungen zur Diskussion über Altersarmut, in: Alternde Gesellschaft, Bundeszentrale für politische Bildung, 2013

Zunahme und Ausbau des Niedriglohnsektors ⁵

Unterdurchschnittliche Einkommen führen zu niedrigen Rentenansparungen. G. Bäcker nennt in dem Zusammenhang explizit die Ausweitung der prekären Beschäftigungsverhältnisse, wie zum Beispiel die Minijobs. ⁶

Neue Formen der Selbständigkeit ⁷

In den letzten Jahren hat die Zahl der sogenannten Solo-Selbstständigen zugenommen. Solo-Selbstständige beschäftigen in der Regel keine weiteren MitarbeiterInnen und sind durch den Status „selbstständig“ nicht rentenversicherungspflichtig. Infolge geringer Einkommen bleibt oft wenig Spielraum für die private Altersversorgung.

Erwerbsminderung ⁸

Die Erwerbsminderungsrente in der gesetzlichen Rentenversicherung (GRV) legt zugrunde, dass der Versicherte dauerhaft weniger als drei Stunden pro Tag arbeitsfähig ist. Geht der Versicherte vor dem Renteneintrittsalter in die Erwerbsminderungsrente, wird diese obendrein pro Monat um 0,3 Prozent (3,6 Prozent im Jahr) gekürzt. Insofern ist das Armutsrisiko in dieser Gruppe recht hoch.



Bettler und Obdachlose, ein nahezu schon vertrauter Anblick in den Städten

Rentenreform ⁹

„Eines ist sicher: Die Rente“, so der bekannte Ausspruch von Bundesarbeitsminister Norbert Blüm 1986.

Allerdings wurden seitdem von staatlicher Seite massive Eingriffe am Rentensystem vorgenommen. Regulierungen, die sich direkt oder indirekt auf die ausgezahlte Rente auswirken. Zur Erinnerung hier einige der Maßnahmen:

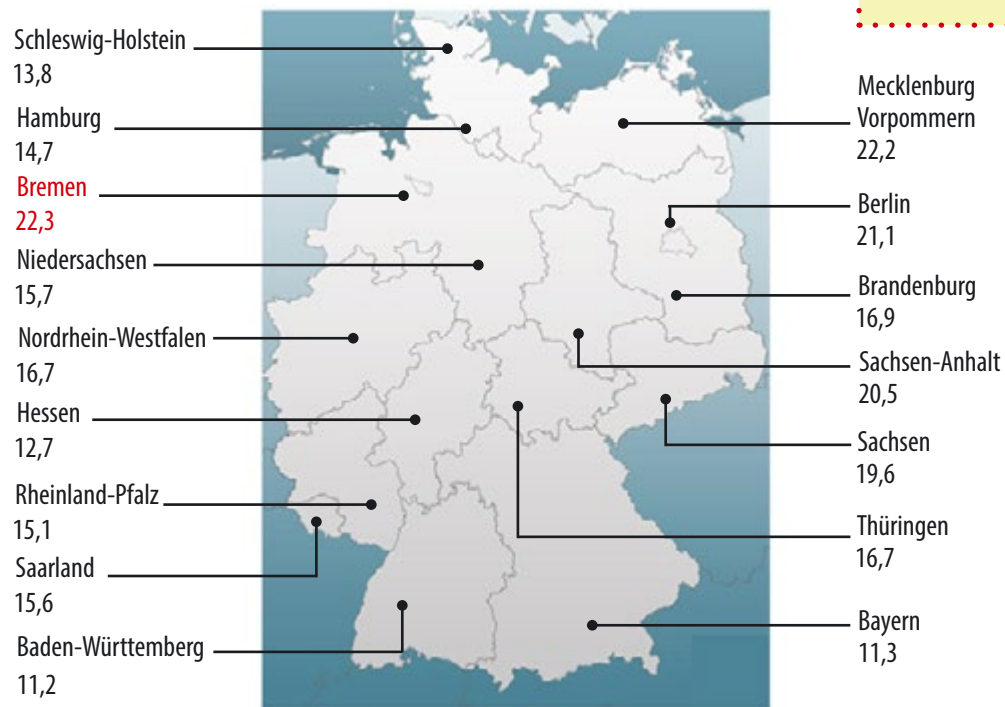
- ❗ Absenkung des Rentenveaus (Bruttostandardrente)
- ❗ Einführung der Riester-Rente, private Altersvorsorge
- ❗ Vermögensbesteuerung der Witwen- und Witwerrenten
- ❗ volle Beitragshöhe zur Pflegeversicherung, Besteuerung der Renten
- ❗ Erhöhung des Renteneintrittsalter ab 67



⁵ ebd. A. Börsch-Supan, M. Gasche, B. Lamla: Anmerkungen zur Diskussion über Altersarmut,

⁶ G. Bäcker: Armut ein Zukunftsproblem?, Folien-Vortrag vom 7. Feb. 2013, DGB-Haus Bremen, 7, 8, 9 ebd.

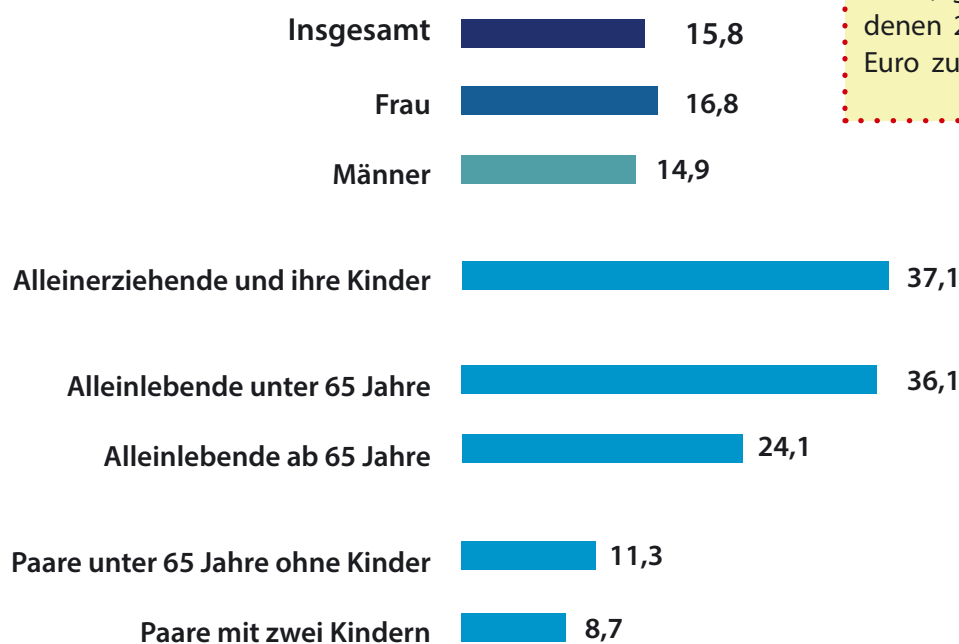
Zahlen zur Armutsgefährdungsquote in der Bundesrepublik



Bremen liegt in der Armutsgefährdungsquote auf Platz 1

* Datenquelle: Der Paritätische Gesamtverband: Bericht zur regionalen Armutsentwicklung in Deutschland 2012, 1. Aufl., S. 7

Anteilige Armutsgefährdung nach Bevölkerungsgruppe (in Prozent)



Als armutsgefährdet (60 Prozent) des mittleren Einkommens) galten alle Menschen, denen 2011 weniger als 952 Euro zur Verfügung standen.

Quelle: Statistisches Bundesamt, DPA

Zur Rentenentwicklung



© Rolf Handke/pixelio.de

Das Rentenniveau beschreibt das Verhältnis zwischen dem Durchschnittseinkommen in Deutschland und der Rente nach einem Erwerbsleben nach 45 Jahren.

Erreichen „StandardrentnerInnen“ die Altersgrenze müssen sie keine Rentenabschläge hinnehmen. Er oder sie ist 45 Jahre lang ununterbrochen einer Erwerbsarbeit nachgegangen und hat dabei stets einen Durchschnittslohn erhalten.

Die so errechnete Standardrente liegt deutlich über der Durchschnittsrente.

Die Deutsche Rentenversicherung (DRV) geht für das Jahr 2013 von einem Rentenniveau von 48,9 Prozent aus, das bedeutet 48,9 Prozent vom letzten Bruttoverdienst, berechnet auf der Basis einer Standardrente. Bis zum Jahr 2030 soll das Rentenniveau – sofern der Gesetzgeber nicht eingreift – auf 43 Prozent sinken.

Heute liegt die durchschnittliche Altersrente in den alten Bundesländern bei rund 700 Euro monatlich. Männer kommen dabei auf etwa 970 Euro und Frauen im Durchschnitt auf 473 Euro. In den neuen Bundesländern erhalten Rentner durchschnittlich 826 Euro, wovon die Männer etwa 1044 Euro und die Frauen 676 Euro monatlich beziehen.

Faktisch sind dabei 14 Prozent der Menschen ab 65 Jahre arm: 12,2 Prozent der Männer und über 16 Prozent der Frauen.

Laut Sozialhilferecht liegt die existenzsichernde Grundsicherung in Deutschland zurzeit 707 Euro. Die Durchschnittsrente von Frauen liegt unter 500 Euro.

Bei gleichbleibender Rentenpolitik müssen abhängig Beschäftigte in Zukunft rund 40 Jahre Jahre einer Erwerbsarbeit nachgehen und dürften dabei keinen geringeren Lohn als 2700 Euro Brutto erhalten, um eine Rente über dem Grundsicherungsniveau zu erhalten.

Das Rentenkonzept der LINKEN - Eine Rente zum Leben

.....
 Die Solidarische Rentenversicherung für einen sicheren Lebensstandard und gegen Armut im Alter. Vorgestellt am 19. September 2012 von den Vorsitzenden von Fraktion und Partei DIE LINKE, Gregor Gysi, Katja Kipping und Bernd Riexinger



1. Lebensstandardsicherendes Renteniveau wieder herstellen

Das Rentenniveau muss so hoch sein, dass es langjährigen BeitragszahlerInnen auskömmliche Renten gewährleistet und den Lebensstandard im Alter sichern kann. Es darf deshalb nicht weiter gesenkt, sondern muss wieder auf 53 Prozent angehoben werden. Die ungerechten Abschläge für Erwerbsgeminderte müssen ebenso gestrichen werden wie die Rente erst ab 67. Die Angleichung der ostdeutschen Renten an das Westniveau ist eine Frage der Leistungsgerechtigkeit und muss stufenweise innerhalb der nächsten fünf Jahre erfolgen. Eine gute Rente ist nicht ohne gute Arbeit zu erreichen. Arbeitsmarkt- und Rentenpolitik müssen deshalb zusammengedacht und zusammengebracht werden. Prekäre Beschäftigung muss eingedämmt, ein flächendeckender Mindestlohn von 10 Euro muss eingeführt werden.

2. Solidarische Rentenversicherung einführen

Wir wollen, dass künftig alle Erwerbstätigen, Erziehenden, Pflegenden, Erwerbslosen in die gesetzliche Solidarische Rentenversicherung einbezogen werden. Das stärkt den Charakter der gesetzlichen Rente als Ersatzleistung für Erwerbseinkommen und zugleich als Solidarsystem. Die Beitragsbemessungsgrenze muss in

einem ersten Schritt angehoben werden und mittelfristig ganz entfallen. Zugleich wird der damit verbundene Anstieg der höchsten Renten abgeflacht. Das stärkt die finanzielle Basis der gesetzlichen Rente.

3. Den Solidarausgleich stärken

Kindererziehungszeiten müssen auch für vor 1992 geborene Kinder in voller Höhe gezahlt, Beiträge für Langzeiterwerbslose müssen erneut geleistet, niedrige Entgelte durch die Rente nach Mindestentgeltpunkten aufgewertet werden.

4. Niemand darf im Alter unter die Armutsgrenze fallen – Solidarische Mindestrente einführen

Teilhabe darf auch im Alter nicht enden. Wir brauchen auch in der gesetzlichen Rente einen Mindeststandard, der ein Leben frei von Armut und in Würde ermöglicht. Deshalb will DIE LINKE eine steuerfinanzierte, einkommens- und vermögensgeprüfte Solidarische Mindestrente einführen, die sicher stellt, dass kein Mensch im Alter ein Nettoeinkommen unterhalb der Armutsgrenze hat. Die Solidarische Mindestrente ist ein universales soziales Netz für alle Seniorinnen und Senioren.

5. Solidarische Rente gerecht finanzieren

Rentenreformen sind teuer. Allein wer sie bezahlt, ist die Frage. DIE LINKE will den schleichenden Ausstieg der Arbeitgeberseite aus der Altersvorsorge stoppen, wie er mit der Riester-Rente begonnen hat und durch die Pläne der SPD, die betriebliche Alterssicherung auszubauen, fortgesetzt werden würde. Jegliche Form der Mindestsicherung im Alter ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und muss dementsprechend auch gesamtgesellschaftlich, also durch Steuern finanziert werden.

Grundsicherungsleistungen

Die Grundsicherung existiert seit 2003. Die Anspruchsvoraussetzungen und Berechnungen sind zum Teil recht komplex und werden im SGB XII „bedarfsorientiert“ geregelt. Sie ist:

- a) für ältere Menschen, die die Altersgrenze erreicht haben und deren Nettoeinkommen unterhalb des Regelsatzes (382 Euro) liegt, ebenso vorgesehen wie
- b) für Personen, die das 18. Lebensjahr vollendet haben, aber dauerhaft voll erwerbsgemindert sind.

Die Grundsicherung wird nicht wie die Rente als fester Betrag geleistet, sondern berechnet sich in Relation (Aufstockung) zum vorhanden Einkommen und Vermögen.

Übersicht zum Umfang der Grundsicherungsleistungen

Die Grundsicherung setzt sich aus mehreren Teilen zusammen:

1. Dem Regelbedarf: Der beträgt zurzeit für Alleinstehende 382 Euro und für Ehepaare 690 Euro im Monat.¹
2. Den Kosten für die Unterkunft: (angemessene) Aufwendungen für die Miete, den Neben- und Heizkosten. In Bremen richten sind „angemessene Kosten“ je nach Stadtteil verschieden hoch, für eine Person werden zwischen 330 Euro und 384 Euro übernommen, für eine vierköpfige Familie zwischen 523 Euro und 606 Euro. Die Zahlen können im Laufe der Zeit variieren und richten sich zudem nach der Größe der Wohnung, Zahl der Bewohner und Höhe der vom Vermieter verlangten Miete, die nicht zwingend in Gänze übernommen wird, sondern nur in der Höhe, die als angemessen gilt.
3. Mehrbedarf: Medizinische Gründe und Mehrkosten durch Krankheit und oder Behinderung. Ebenfalls kann

ein Mehrbedarf bei Schwangeren oder Alleinerziehenden geltend gemacht werden. Bei Alleinstehenden sind es zusätzlich circa 10 bis 20 Prozent vom Regelbedarf.

4. Leistungen für den Schulbesuch und der im Haushalt lebenden Kinder

5. Einmalige Leistungen: Wenn der Regelsatz für besondere Belastungen nicht reicht, können einmalige Leistungen beantragt werden. Das kann die Erstaussstattung für die Wohnung sein, Erstaussstattung für Bekleidung, Schwangerschafts- und Säuglingsausrüstung oder Geräte zur medizinischen Behandlung.

Beispiel: Wie wird Einkommen angerechnet?²

1. Schritt: Der Bedarf an Grundsicherung wird ermittelt. Wenn das anrechenbare Einkommen niedriger ist als der Bedarf, wird ergänzende Grundsicherung bezahlt.

Bedarf

| | | |
|--------------------------|-----------------|-----------------|
| Regelbedarf | 382 Euro | |
| Kaltmiete | 300 Euro | |
| Heiz- und Nebenkosten | 50 Euro | |
| Bedarf insgesamt | 732 Euro | 732 Euro |

2. Schritt: Das anrechenbare Einkommen wird ermittelt.

| | | |
|------------------------|-----------------|-------------------|
| Einkommen | | |
| Witwenrente | 500 Euro | |
| Eigene Altersrente | 154 Euro | |
| Gesamteinkommen | 654 Euro | - 654 Euro |

Anspruch auf Grundsicherung 78 Euro

Anrechenbares Einkommen:

Als Einkommen zählen alle Einnahmen an Geld oder Geldeswert. Dazu zählen: Arbeitseinkommen, Krankengeld, Arbeitslosengeld, Rente, betriebliche Altersversorgung, Kindergeld, Kinderzuschlag und Unterhaltszahlungen, Mieteinnahmen, Wohngeld, Urlaubsgeld, Weihnachtsgeld, Zinsen aus Ersparnissen, Gelder aus der Lebensversicherung und ehrenamtlicher Tätigkeit.

Nicht angerechnet wird laut dem Sozialverbands Deutschlands (SoVD) in „Grundsicherung – Ihr gutes Recht. Ein Ratgeber des SoVD, Januar 2012“ ein Grundbetrag von 2600 Euro und ein Erhöhungsbetrag von 614 Euro für mit im Haushalt lebende LebenspartnerInnen, außerdem 256 Euro für jeden und jede, die vom Grundsicherungsberechtigten überwiegend unterhalten

wird. Sachleistungen gehören auch zum Einkommen: „Ein kostenloses Essen gehört zwar nicht zum Einkommen (speist ein Antragssteller allerdings regelmäßig bei den Kindern, so könnte das Amt) – in diesem Fall 1,75 Euro pro Mittagessen vom Regelbedarf wieder abziehen“. Auch das „Freie Wohnen“ zählt ebenso wie laufende Geschenke zur Sachleistung.

1 Bericht über die Höhe des steuerfrei zu stellenden Existenzminimum von Erwachsenen und Kindern, Neunter Existenzminimumbericht, 7. Nov. 2012

2 Hrsg: Werner Hesse, Gerd Wenzel, Paritätischer Gesamtverband, Was tun, wenn die Rente nicht reicht, C. H. Beck Verlag, 1212, S. 27
3 ebd.

GrundsicherungsempfängerInnen im Lande Bremen

Wie viele Menschen beziehen zurzeit eine Grundsicherung im Lande Bremen?

Das Land Bremen, bestehend aus den Städten Bremen (548.319) und Bremerhaven (112.982), zählte 2011 insgesamt 661.301 Einwohner.

Hiervon waren 142.270 Menschen 65 Jahre und älter. Die Zahl der EmpfängerInnen von Grundsicherung im Alter (65 Jahre und älter) lag Ende Dezember 2011 bei 7503 Personen (davon waren 2593 männlich und 4910 weiblich).

Dabei sind Personen, die eine Rente unter dem Grundsicherungsniveau beziehen, aber aus Scham keine zusätzlichen Leistungen einfordern mögen, nicht berücksichtigt. Die Dunkelziffer dieser vorwiegend älteren Menschen ist aber sehr hoch.

Quelle: Statistisches Landesamt Bremen, Stand Dezember 2011

Reich, reicher, am reichsten - zur Vermögensverteilung in Deutschland

Verteilung des privaten Nettovermögens (Wohlstandes) in Deutschland

Der private Reichtum in Deutschland ist - der Finanzkrise zum Trotz -, wie aus dem Entwurf zum vierten Armutsbericht der Bundesregierung hervorgeht, in all den Jahren kontinuierlich gewachsen. So hat sich das private Nettovermögen der Deutschen in den letzten zwanzig Jahren von 4,6 auf 10 Billionen mehr als verdoppelt.

Wunderbar, würde man meinen, stünde das Nettovermögen allen privaten Haushalten, in etwa zu gleichen Teilen, zur Verfügung. Soweit die Theorie. Die Praxis aber zeigt: Die soziale Spaltung nimmt weiter zu.

Die reichsten 10 Prozent der Haushalte verfügen über mehr als 66 Prozent (fünf Billionen) vom gesamten Nettovermögen. Die untere Hälfte der Haushalte verfügt dem Bericht nach gerade noch über ein Prozent vom Gesamtvermögen.¹



In dem 4. Armuts- und Reichtumsbericht, der seit September 2012 den beteiligten Ressorts als Entwurf vorlag, hieß es ursprünglich:

„Die Privatvermögen in Deutschland sind sehr ungleich verteilt.“ Und weiter: „Während die Lohnentwicklung

im oberen Bereich positiv steigend war, sind die Löhne in den vergangenen zehn Jahren preisbereinigt gesunken. Die Einkommensspreizung hat zugenommen.“ Dieses verletze „das Gerechtigkeitsempfinden der Bevölkerung“ und könne „den gesellschaftlichen Zusammenhalt gefährden“.²

In der überarbeiteten Fassung vom 21. November 2012 waren die kritischen Passagen verschwunden oder geschönt „brisante Punkte gestrichen, aus denen klar hervorging, dass „ der Löwenanteil daran zu den obersten fünf bis zehn Prozent der Sozialhierarchie gewandert war“.³ Dem Vernehmen nach sollen Röslers Bundeswirtschaftsministerium bei der Glättung und Tilgung der Passagen federführend gewesen sein.

So fragt der Bielefelder Historiker Hans-Ulrich Wehler, der bis 1996 einen Lehrstuhl für allgemeine Geschichte inne hatte, wo eigentlich der Protest in dieser Republik angesichts der zunehmenden sozialen Ungerechtigkeit bliebe: „Trotz der innenpolitischen Ruhe ist die krasse Ungleichverteilung der Einkommen und des Vermögens, überhaupt der Lebenschancen, unleugbar gefährlich“.⁴ So zu lesen in DIE ZEIT vom 7. Februar diesen Jahres.

1 Stefan Schultz: Wie arm die Deutschen wirklich sind, Spiegel Online, 18.12.2012

2 Thomas Öchsner, Süddeutsche Zeitung, 28. Nov. 2012

3 H. U. Wehler: Wachsende Ungleichheit, Die Zeit, 7. Feb., S. 47

4 ebd.

Anmerkungen zur Vermögenswanderung nach oben

Tabelle zur Vermögensverteilung

Einwohner ab
17 Jahren
in Prozent

Vermögen
in Prozent

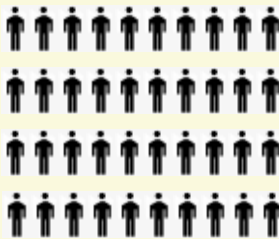
10 %

66,6 %



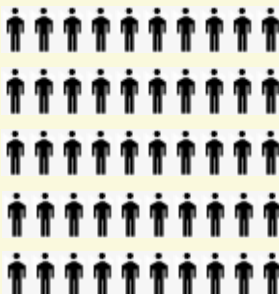
40 %

32 %



50 %

1,4 %



Quelle: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, 2011



1985 betrug das Verhältnis zwischen der Höhe der Vorstandsgehälter in den großen deutschen Aktiengesellschaften und der durchschnittlichen Vergütung ihrer Arbeitnehmer 20: 1. 2011 betrug das Verhältnis 200: 1.

Martin Winterkorn, VW-Vorstand, mit einem Jahreslöhrlöh von 14,6 Millionen (2011: 17 Millionen) Euro ist einer der Spitzenverdiener Deutschlands. Ein gut Verdienender mit einem monatlichen Bruttoverdienst von 4617 Euro müsste für dieses Jahresgehalt 300 Jahre arbeiten. Ein Tischler mit monatlich 2700 Euro brutto müsste 537 Jahre arbeiten für ein Jahresgehalt von Herrn Winterkorn.

Mit Leistung und sozialer Gerechtigkeit hat dies nichts mehr zu tun. Deshalb fordert DIE LINKE., die Managergehälter auf 20:1 einzudämmen, das heißt: Ein Manager darf nicht mehr als 20 mal so viel wie der oder die am schlechtesten bezahlte MitarbeiterIn im Betrieb erhalten.



© Uschi Dreijucker/pixelio.de

Psychische Probleme als Folgeerscheinung prekärer Lebenslagen?

.....
 Ein Interview mit der Bremer Psychotherapeutin Sibylle Stern*

AAA: Frau Stern, wie lange sind Sie schon als Therapeutin tätig?

Stern: Als Therapeutin arbeite ich seit 1988, als niedergelassene Therapeutin seit 1991.

AAA: In der Therapie arbeiten Sie gemeinsam mit ihren PatientInnen an den Ursachen psychischer Erkrankungen und deren Lösungen. Was sind die häufigsten Gründe, weshalb Ihre PatientInnen eine Therapie aufnehmen?

Stern: Neben den verbreiteten Suchtstörungen sind es oftmals auch Partnerschaftskonflikte und Burn-Out-Symptome mit denen meine PatientInnen in die Praxis kommen. Bei den Männern, die häufig später mit der Therapie beginnen, stehen oftmals berufliche Probleme im Vordergrund. Depressive Erkrankungen sind dann die Folgen ihrer psychischen Konflikte. Des Weiteren kommen PatientInnen mit Ende Zwanzig oder Dreißig, wenn sie feststellen, dass sie wiederholt in gleich geardete Konfliktmuster geraten.



© Gerd Altmann/pixello.de

AAA: Inwieweit haben Sie die Erfahrung machen können, dass die prekären Lebenssituationen Ihrer PatientInnen einer therapeutischen Intervention bedarf?

Stern: Arbeitslosigkeit, insbesondere die Langzeitarbeitslosigkeit, sind Lebensumstände, die existenzielle

Probleme hervorrufen. Die betroffenen Personen sehen in ihrem Leben oftmals keine Sinnhaftigkeit und keine Aufgaben mehr. Die Verringerung von sozialer Teilhabe und der Kontaktmangel sind zusätzliche Bürden.

Bei Frauen ist es auffällig, auch wenn es bei ihnen nicht gleich zum Arbeitsplatzverlust kommt, dass bereits die Verschlechterung ihrer Arbeitsplatzbedingungen zu psychosomatischen Erkrankungen führt. Frauen „verlagern“ in solchen Situationen ihre Stimme in den Körper, und der reagiert mit Krankheit.

Hinzu kommt, dass gerade Frauen mit geringem Bildungsniveau weitaus weniger Chancen haben ihren Arbeitsbereich zu wechseln. Entsprechend groß sind ihre existenziellen Ängste.

AAA: Führt eine prekäre Lebenssituation bei jüngeren oder älteren Menschen, bei Frauen oder Männern zu unterschiedlichen Leidensausprägungen/Symptomen?

Stern: Die Frage lässt sich nicht pauschal beantworten. Jüngere Menschen leiden anders als ältere Menschen, die sich im Laufe ihres Lebens bereits mit unangenehmen Lebensumständen arrangiert oder abgefunden haben. Jüngere Menschen leiden eher darunter, wenn Dinge bei ihnen nicht so laufen wie gewünscht oder vorgesehen.

Männer definieren sich selber viel stärker über den gesellschaftlichen Status und ihr Einkommen. Und in der Regel werden sie von Frauen auch danach beurteilt. Es trifft Männer umso mehr, wenn sie merken, dass sie den Erwartungen und Ansprüchen nicht genügen können.

AAA: Altersarmut ist heute keine Randerscheinung mehr. Kommt der Altersarmut auch in Ihrer therapeutischen Arbeit ein besonderer Stellenwert zu?

Stern: Es ist richtig, dass ältere PatientInnen eher an Einsamkeit und Isolation leiden. Sicherlich spielen auch



© Petra Bork/pixelio.de

die finanziellen Rahmenbedingungen eine Rolle und inwieweit ältere Menschen – zumal wenn sie schon aus dem Berufsleben ausgeschieden sind – weiterhin ihre Geselligkeiten pflegen und an soziokulturellen Angeboten in ihrem Umfeld teilnehmen können.

AAA: Die finanziellen Rahmenbedingungen der PatientInnen kann auch die Therapie nicht grundlegend verändern. Was hilft PatientInnen am besten mit derartigen Problemen fertig zu werden?

Stern: Therapeutische Erfolge hängen auch davon ab, wie es gelingt, die Ich-Stärke und das Selbstbehauptungsvermögen von PatientInnen zu stärken und sie zu befähigen, sich besser zu vernetzen und zu behaupten. Die Therapie sollte ihnen auch helfen herauszufinden, wo Veränderungsmöglichkeiten bestehen und wo sie nicht bestehen. Je besser das Selbstwertgefühl ist, desto leichter bewegen wir uns im Alltag und Beruf.

Ein weiterer Gesichtspunkt besteht darin, dass TherapeutInnen die PatientInnen unterstützen und ihnen zuhören. Das sind zwei Faktoren, die die PatientInnen „draußen“ nicht mehr oder nur recht selten erfahren. Therapie ist auch der Versuch, die Ressourcen bei PatientInnen zu finden, die er oder sie alleine (noch nicht) nutzen oder einsetzen können.

Allerdings habe ich auch PatientInnen erlebt, die zu unglaublichen Veränderungen fähig waren, die ihrem Leben neue Impulse und Wendungen zu geben vermochten, ohne dass sich ihre finanzielle Situation verändert hatte.

AAA: Welche Empfehlung, welchen Rat würden Sie der Politik in der Frage psychologischer Folgen von Armut mit auf den Weg geben?

Stern: Meiner Meinung nach haben wir ein akutes Verteilungsproblem, sowohl beim Kapital als auch bei der Arbeit. Die soziale Schere geht weiter auseinander und das Gemeinschaftsgefühl – für mich selbst ein sehr wichtiger Wert – geht Stück für Stück verloren. Ich finde es sehr bedauerlich, dass ein so reiches Land nicht in der Lage ist, den Menschen Sicherheit zu geben. Auch die Arbeit sollte gerecht verteilt werden, damit all diejenigen, die es möchten, auch arbeiten können. Schauen Sie, ein Teil meiner PatientInnen arbeitet entweder viel zu viel oder gar nicht. Wenn die Politik in der Lage sein sollte, daran etwas zu ändern, dann würde sich meines Erachtens auch die Zahl der psychischer Konflikte und Erkrankungen sehr stark reduzieren und weitaus weniger Menschen verlören ihre sozialen Bezüge.

AAA: Frau Stern, wir danken Ihnen für das Interview.

* auf Wunsch wurde der Namen geändert



© Gerd Altmann/pixelio.de

Die Landesarbeitsgemeinschaft (LAG) Senioren

Die LAG Senioren in der Partei DIE LINKE berichtet:



Nach der Wahl 2007 der LINKEN in die Bürgerschaft und den zwei Sitzen in der Delegiertenversammlung der Senioren-Vertretung in der Stadtgemeinde Bremen fanden sich genügend Interessierte für eine Arbeitsgemeinschaft (AG), die dann am 14. Februar 2008 die LAG Senioren, genannt Generation III, gründeten. Alle waren Mitglieder der Partei DIE LINKE oder Sympathisanten.

Unser Gründungspapier hält in Absatz 1 fest:

Wir organisieren unsere Arbeit auf der Grundlage des Programms und Statuts der Partei.

Wir halten den Landesvorstand (LAVO) über unser Wirken auf dem Laufenden.

Wir haben Anspruch auf materielle Unterstützung.

Die LAG Senioren definiert Zielvorstellungen und Positionen von gerechter Generationenpolitik in der heutigen Gesellschaft.

Sie unterbreitet dem Vorstand und den zuständigen Fraktionsmitgliedern der Partei DIE LINKE seniorenpolitische Angebote für die praktische Politik.

Wir wollen als Vertretung der Generation III der Partei DIE LINKE die Politik unserer Generation offensiv vertreten. Wir werden uns an der Umsetzung dieser Prozesse aktiv beteiligen.

Wir werden den Erfahrungsaustausch mit Senioren- und Sozialverbänden, Gewerkschaften und Solidargemeinschaften pflegen.

Die seniorenpolitischen Forderungen der Partei DIE LINKE werden wir nach den örtlichen Möglichkeiten in die Landes seniorenvertretung Bremen, in die wir zwei Delegierte entsandt haben, einbringen.

Wir werden uns als LAG Senioren auf Bundesebene anmelden und aktiv bei der Hauptversammlung und dem SprecherInnenrat mitarbeiten.

Im Frühjahr 2008 haben wir uns in die große „Armutskonferenz“ im Waldau-Theater eingebracht. In diesem Zusammenhang gab es eine Vielzahl von Kontakten, die zum Teil noch weiterhin bestehen. Wir nehmen zudem regelmäßig, das heißt viermal jährlich, teil an den BundessprecherInnenratssitzungen der Senioren und arbeiten mit an der Erstellung eines Projektes mit Namen „Für eine neue Kultur des Alterns und des Alters“. Seniorenpolitische Standpunkte legten wir in zusätzlichen Arbeitstreffen in unserem Bremer Seniorenprogramm in Form von Flugblättern vor.

Die Bundestreffen wurden zusammengelegt mit den Seniorentagen, die 2009 in Leipzig und 2012 in Hamburg stattfanden. Die Arbeit und der Austausch mit anderen Senioren an den Ständen brachten viele Anregungen und neue Kraft zum Weitermachen.

Wir sind sehr stolz auf unsere „Seniorenpolitischen Leitlinien für Bremen“ und unsere Publikation „Altersweisheit wählt links“.

An die Seniorenvertretung stellten wir fünf Anträge:

1. Sozialticket für SozialrentnerInnen und Geringverdienende
2. Ehrenamtskarte; diese gibt es inzwischen



3. Nichtanrechnung der Übungsleiterpauschale (diese wird seit dem 1. Januar 2011 nicht mehr angerechnet)
4. Aufstockung der Grundsicherung (Bundesgesetz)
5. Auf kommunaler Ebene fordern wir ein Kulturkarte (diese gibt es inzwischen, wenn auch nur eingeschränkt)

Wir arbeiten mit der AG Gesundheit zusammen.

Ein Offener Brief ging an die Presse und hatte die Existenzsicherung im Alter zum Inhalt. Mit aller Schärfe wiesen wir auf die Verunglimpfungen von Hartz-IV-EmpfängerInnen und EmpfängerInnen von Grundsicherung hin und verboten uns diese.

Wir konzentrierten unsere Arbeit auf den Zusammenhang: Geringer Verdienst und Arbeitslosigkeit = geringe Rente = Armut im Alter. Das Thema taucht immer wieder auf und lässt uns nicht los.

Im Jahr 2010 folgten wir einer Einladung unserer Fraktion in die Bürgerschaft mit Führung und anschließendem Essen.

Bei uns ist es zudem üblich, dass einzelne Mitglieder ihre ganz speziellen Kenntnisse in der LAG weitergeben. So berichtete ein Mitglied über die Seniorenpolitik in China, ein anderer über die Föderalisierung des Heimrechts, das bedingungslose Grundeinkommen oder über externe Veranstaltungen, die zu unseren Themen passen. Da jede und jeder von uns auch in anderen Zusammenschlüssen arbeitet, wie zum Beispiel dem Sozialverband Deutschland, den Gewerkschaften, dem

Netzwerk Selbsthilfe, dem Frauengesundheitszentrum, in der Beiratstätigkeit und in der Hospizarbeit, gehen uns die Themen nie aus.

Auch unsere Abgeordneten berichteten von ihrem Alltag in der Bürgerschaft und ihren persönlichen Politikschwerpunkten.

Im Frühjahr 2011 waren wir mit der Vorbereitung des Nordtreffens der LAGs Senioren befasst. Der gegenseitige Austausch ist uns sehr wichtig. Niedersachsen und Hamburg konnten wir nicht erreichen und fanden dort keine AnsprechpartnerInnen. So machten wir Bremer SeniorInnen uns mit fünf anderen aus Schleswig-Holstein einer Seniorin aus Nordrhein-Westfalen einen richtig guten „Austausch-Tag“. Leider gab es bis jetzt keine Fortsetzung dessen.

Ein Höhepunkt war die Fachtagung mit dem Thema „Wirtschaft und Rente – die Altersarmut an der Wurzel packen“. Dies war verbunden mit der 20-Jahr-Feier der Seniorenarbeitsgemeinschaft in Berlin. Natürlich waren wir auch 2011 und 2012 beim internationalen Tag der Älteren Generation mit einem Stand vertreten, dieser Tag wird seit zwei Jahren auch in Bremen veranstaltet. Die monatlichen Vorbereitungstreffen für 2013 laufen demnächst an. Die vielen Aktivitäten werden uns bereichern. Gutes Wetter und ein gutes Programm sind bestellt und Ehrensache.

Bemerkenswert ist uns das Referat „Palliativ-Medizin“ aufgefallen, gehalten von einem unserer aktiven Mitglieder. Wir nahmen daraus einige Anregungen für die seniorenpolitischen Leitlinien mit. Grundtenor war, dass Gesundheit, Pflege und Behinderung keine Waren sein dürfen.

Nun hat das Jahr 2013 begonnen, wir wünschen uns eine Politik für die Menschen und schließen uns den Forderungen nach Mindestlohn, armutsfeste Rente, bezahlbaren Wohnraum und einer guten Gesundheitsvorsorge an.

Wenn Frauen alt werden

.....
Drei Frauen treffen sich zum Gespräch, alle haben eine für Frauen so typische Erwerbsbiographie: Wertvolle Jahre, die für die Rente zählen, haben sie mit der Erziehung ihrer Kinder verbracht. Wenn dann auch noch Zeiten der Arbeitslosigkeit hinzukommen, wird das Geld knapp am Lebensabend.



Sie sind fit, politisch aktiv und empört - drei Mit-sechzigerinnen reden über ihr Leben, ihren Alltag und den täglichen Verzicht, weil das Geld zu knapp ist. Anne, Heike und Anke waren immer aktiv, sie haben nach der Schule alle eine Ausbildung gemacht, als Reiseverkehrskauffrau, in der Verwaltung und als Ex-

portkauffrau. Ja, es gab Zeiten, in denen sie nicht gearbeitet haben, da mussten sie die Kinder großziehen und danach war es nicht leicht, in den Job zurückzukehren, so gab es auch Monate der Arbeitslosigkeit. Aber Frauen verstehen ja auch diese Zeiten zu nutzen. Da muss sich um die inzwischen pflegebedürftigen Eltern gekümmert werden oder um andere Angehörige. Auch politisch waren sie immer mit dabei, in Parteien, Organisationen und Vereinen haben sie sich eingebracht. Unser politisches Leben auf kommunaler Ebene wäre um einiges ärmer, gäbe es nicht Frauen wie diese drei.

Die eigene Rente wird bei all dem dann oft vergessen, aber was macht das schon? Der Ehemann wird sicher eine genügend hohe Rente bekommen. Frauen dieser Generation wurden erzogen in dem Glauben, die Familie und die Ehe sei ein Hort der Sicherheit für sie. Auch heute glauben noch viele Frauen daran. Politikbestärkt dies zum Beispiel durch das Betreuungsgeld. Allerdings sind Scheidungen nicht erst dieser Tage üblich. Auch Anke und Heike haben sich scheiden lassen – und mussten

fortan selbst für die Rente sorgen. Anne lebt nach wie vor „in Solidarität mit ihrem Mann“, wie sie sagt.

Für die Rente sorgen - leicht gesagt und schwer getan, Anke und Heike leben heute von der Grundsicherung. Das sind 382 Euro im Monat plus Miete und Heizkosten. Große Sprünge lassen sich davon nicht machen. Sie müssen tagtäglich kämpfen, um über die Runden zu kommen. Gerade zum Monatsende ist das nicht immer einfach. Was Verzicht ist, wissen sie nur allzu gut. Umso mehr ärgert es sie, wenn in den Medien über Hartz-IV-EmpfängerInnen berichtet wird, die angeblich ein Leben im Luxus führen. Grundsicherung ist nichts anderes als HARTZ-IV für RentnerInnen. Der Name ist ein anderer, aber die Beträge sind gleich.

Heike geht gerne ins Theater, eine halbe Stunde vor Spielbeginn versucht sie, eine der Restkarten für drei Euro zu ergattern. Wenn die Vorstellung ausverkauft ist, geht sie eben wieder nach Hause. Nach dem Theater noch einen Kaffee oder ein Glas Wein trinken zu gehen, wie es ja bei vielen zum Standard eines Theaterbesuchs gehört, ist für Heike nicht drin. „So einen Caféhausbesuch muss ich mir schon sehr genau überlegen, das ist einfach zu teuer“, sagt sie. An Reisen mag sie nicht einmal denken. Wenig Geld haben, lässt auch die Wünsche klein werden.

Auch für Anke ist der Alltag nicht einfach. Sie bedauert es, nicht öfter ins Kino gehen zu können, sie würde auch gerne einmal verreisen, aber das ist bei nicht einmal vierhundert Euro im Monat zum Leben einfach nicht drin. Ihre Kleidung kauft die immer sehr gepflegt aussehende Frau oft in Second-Hand-Läden ein. „Naja, man findet eben immer irgendwie Möglichkeiten, etwas günstig zu bekommen“, meint sie, würde aber doch



gerne mal in „richtigen“ Geschäften einkaufen gehen. Sie fühlt sich in ihrer Würde angegriffen, die ihr, wie sie sagt „... doch laut Grundgesetz garantiert ist.“ Sie fühlt sich ausgeschlossen von vielem, was anderen zugänglich ist. Heike empört sich zudem über die Auswirkungen der Gesundheitsreform. Die chronisch kranke Frau muss heute viele Medikamente, wie zum Beispiel homöopathische Mittel, selber bezahlen, was mit der Grundsicherung nicht einfach ist. Früher wurden diese Kosten von den Krankenkassen übernommen, inzwischen zahlen nur noch wenige Kassen für Medikamente, die zwar guttun aber nicht unbedingt zwingend zum Heilungsprozess gehören.

Keine der Frauen mag daran denken, wie ihr Leben aussehen wird, wenn sie einmal wirklich alt sind und der Pflege bedürfen. Eine teure Seniorenresidenz kann sich keine von ihnen leisten, aber eigentlich würden sie auch viel lieber in den eigenen vier Wänden bleiben. Aber auch dort kostet fast jede Hilfsleistung Geld. Sie hoffen auf die Unterstützung durch die MitarbeiterInnen der Dienstleistungszentren in Bremen. Aber bis es so weit ist, werden sie noch lange aktiv in der Politik mitmischen und ihre Stimmen für die Rechte der SeniorInnen erheben.

Einmal im Jahr ist Internationaler Frauentag

.....
Einmal im Jahr, am 8. März, wird der Frauen gedacht und sich in Solidarität geübt in Form von diversen Veranstaltungen und Publikationen. Danach verschwinden die Frauen und ihre Probleme wieder in der Versenkung. Das gilt auch für arme und alte Frauen.

Die Urmutter aller Sozialistinnen, Clara Zetkin, brachte 1910 in Kopenhagen auf der Zweiten Internationalen Sozialistischen Frauenkonferenz den Vorschlag ein, doch wenigstens einmal im Jahr der Frauen zu gedenken. Die Idee dazu allerdings stammte aus den



USA. Dort wollten die Frauen einen Kampftag für das Frauenstimmrecht initiieren. Das Wahlrecht bekamen die Frauen in den folgenden Jahrzehnten, wenn auch nicht ohne Murren der Männer. Auch der Gedenktag für die Frauen blieb, bis heute der 8. März. In der DDR wurde der Tag als Feiertag begangen, in der Bundesrepublik wurde lieber zum Muttertag Kuchen gebacken.

Immer noch verdienen Frauen in allen Bereichen weit weniger als ihre männlichen Kollegen. Der Anteil der Frauen an den Teilzeitbeschäftigten liegt in der Hansestadt an der Weser laut Angaben des statistischen Landesamtes Bremen bei fast 80 Prozent. All diese Frauen werden, wenn sie in die Jahre kommen, auch entsprechend weniger Rente bekommen, die Altersarmut ist vorprogrammiert. Der Anteil der weiblichen Empfänger

von Grundsicherung im Alter liegt schon jetzt bei etwas unter 70 Prozent. Der Anteil der im Alter alleinlebenden Frauen übersteigt den der Männer. Knapp 80 Prozent der alten Singles sind Frauen. Sie leben nicht selten allein, nachdem ihre Männer verstorben sind, von einer geringen

Witwenrente und einer noch geringeren eigenen Rente. Ein würdiges Leben können sich viele dieser alten und armen Frauen nicht leisten. Es fehlt das Geld für genügend Hilfe im Haushalt, oft auch für den nötigen Lebensunterhalt.

In diesem Jahr haben wir am 21. März anlässlich des Equal-Pay-Days demonstriert. Grund genug gab es. Frauen bekommen im Schnitt immer noch 22 Prozent weniger Lohn als Männer, für gleiche oder gleichwertige Arbeit und sie erhalten im Durchschnitt nur halb so viel Rente wie die Männer. Damit muss endlich Schluss sein. All das ist Frauenalltag, fernab von Gedenktagen und Aufrufen. Wir brauchen nicht einen Tag für Frauen, sondern gleiche Rechte und Chancen, für alle an jedem Tag des Jahres!



Wohnsituation von SeniorInnen im Alter

.....
**Ergebnisse einer Kleinen Anfrage der Fraktion DIE LINKE.
 im Bundestag zur Wohnsituation von SeniorInnen vom
 Dezember 2012, Bundestagsdrucksache 17/11/11965**

- ☼ 2010 lebten 21.689.000 Menschen im Alter von 60 Jahren und älter in der Bundesrepublik.
- ☼ Ältere Menschen möchten so lange wie möglich selbstbestimmt leben.
- ☼ Die Umzugsbereitschaft sinkt mit höherem Lebensalter. Im Jahre 2005 trugen sich 26 Prozent der Befragten (Durchschnittsalter 69 Jahre) mit dem Gedanken, in ein gemeinschaftliches Wohnprojekt zu ziehen.
- ☼ Im Jahr 2010 betrug die durchschnittliche Wohnfläche in Quadratmetern der Bevölkerung im Alter von 60 Jahren und älter 57,8 Quadratmeter, im Westen waren es 60,5, im Osten 47,9 Quadratmeter.

☼ Personen, die 65 Jahre oder älter sind, wandten 2011 durchschnittlich 24,8 Prozent ihres Einkommens für die Wohnkosten auf.

☼ Allerdings muss hierbei vermerkt werden, dass 55 Prozent der Menschen ab 60 Jahren Eigentümer von Häusern oder Wohnungen sind. 41 Prozent dieser Bevölkerungsgruppe wohnt als MieterIn, vier Prozent leben in einem Wohnheim oder in einer Gemeinschaftsunterkunft. Zehn Prozent der Menschen ab 60 Jahren leben in einem Mehrgenerationenhaushalt.

☼ Nur fünf Prozent der Wohnungen mit BewohnerInnen über 65 Jahren weisen keine Barrieren auf. Allein der Bedarf älterer Menschen mit Bewegungseinschränkungen wird bis 2020 von der Bundesregierung auf rund drei Millionen barrierefreie oder –arme Wohnungen angesetzt.

☼ Allein schon aus diesem Grund ist es unverständlich, dass die Bundesregierung sich weigert, wieder Verantwortung für die soziale Wohnraumförderung mit Bundesmitteln zu übernehmen (2007 wurde die Zuständigkeit durch die Föderalismusreform I vollständig auf die Länder übertragen).

☼ Am Jahresende 2010 erhielten 408.000 Haushalte von RentnerInnen Wohngeld. Im Rahmen der Grundsicherung im Alter erhielten 2011 427.000 Leistungsberechtigte ab 65 Jahren Leistungen für Unterkunft und Heizung als sozialhilferechtlichen Bedarf. RentnerInnen, die aus Scham ihre Leistungsansprüche nicht einfordern, sind hierbei nicht berücksichtigt.



Hilfe zu Hause durch das Dienstleistungszentrum (DLZ)

Auch Bremen hat Einzigartiges zu bieten, so zum Beispiel die Dienstleistungszentren. Dort können Menschen Hilfe und Beratung erhalten, für die der Alltag durch Alter oder Behinderungen nicht mehr ganz selbstständig zu meistern ist, die sich aber für ein Pflegeheim noch viel zu fit fühlen und lieber in der eigenen Wohnung und gewohnten Umgebung bleiben möchten.

Flächendeckend sind über Bremen 19 DLZ verteilt. Sie stehen konkurrenzlos unter der Leitung vom Deutschen Roten Kreuz, der Paritätischen Gesellschaft für Soziale Dienste, der Arbeiterwohlfahrt und der Caritas. Konkurrenzlos, weil im Falle der DLZs die Träger zusammen arbeiten und nicht darauf aus sind, sich die

Kunden gegenseitig abspenstig zu machen, was auch daran liegen mag, dass mit den DLZs nicht viel Geld zu verdienen ist.

Beistand können sich dort jene Menschen holen, die ihren Alltag nicht mehr ohne Hilfe bewältigen können. Das kann der alte Herr sein, der die

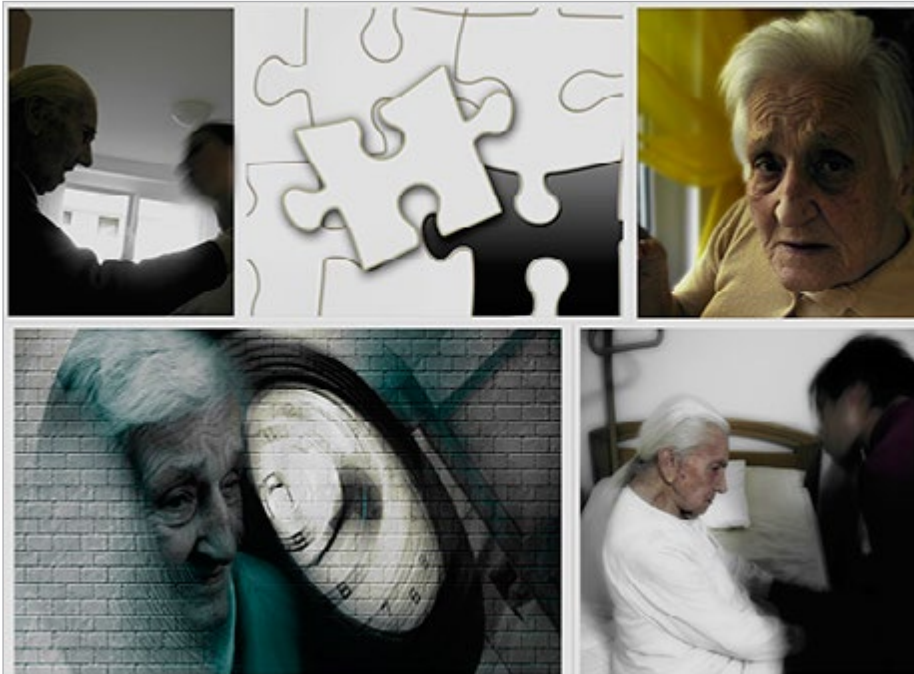
Wohnung nicht mehr ohne fremde Hilfe verlassen kann, oder die alte Dame, die zu verwirrt ist, um alleine ihren Einkauf zu regeln. In den DLZs wird entweder Hilfe vermittelt, das heißt zum Beispiel, dass Angehörigen die Adresse von einer Möglichkeit der Versorgung zu Hause mit warmen Essen gegeben oder eine Hilfe im Haushalt organisiert wird. Bremen bietet damit einzigartig in der Bundesrepublik die Möglichkeit, in der angestammten Umgebung bleiben zu können und dennoch versorgt mit der nötigen Hilfe zu sein. Hilfe bedeutet Unterstützung im Alltag, für die medizinische oder pflegerische Hilfe muss auf ambulante Pflegedienste zurückgegrif-

fen werden. Die Zusammenarbeit zwischen diesen und den DLZs klappt im Allgemeinen sehr gut. Für die in der Regel alten Menschen bedeutet es, im bekannten Stadtteil wohnen bleiben zu können und auch die mit vielen Erinnerungen verbundene Wohnung nicht verlassen zu müssen und sich zudem ein Höchstmaß an

Eigenständigkeit bewahren zu können. Man geht eben doch immer noch selbst einkaufen und entscheidet selbst, was mittags auf den Tisch kommt oder wie die Wohnung gestaltet ist.

Die „Kunden“ der Dienstleistungszentren erfahren meist von Ärzten, Pflegediensten oder Nachbarn

von der Möglichkeit der Hilfe. Aber diese Hilfe braucht auch Menschen, die helfen. Was ursprünglich als reine Nachbarschaftshilfe auf ehrenamtlicher Basis gedacht war, ist inzwischen zu einem Hilfesystem von Hartz-IV-BezieherInnen für Hartz-IV-BezieherInnen geworden. Wer Geld hat, holt sich die nötige Unterstützung oftmals woanders, wer keines hat, geht zu den DLZs. Für 7,50 Euro in der Stunde ist eine Hilfe im Haushalt zu bekommen, vorher wird die Bedürftigkeit geprüft. Im Notfall zahlt das Sozialamt. DLZs sind keine Vermittlungsstelle für günstige Putzfrauen oder -männer. Aber wirklich ehrenamtlich arbeiten die HelferInnen auch nicht mehr,



© Gerd Altmann/pixelio.de

denn fast ausschließlich sind es Hartz-IV-BezieherInnen, die sich als Helferinnen verdingen müssen. Auch wenn viele das sicher gerne tun und es zu schätzen wissen, mit anderen Menschen in Kontakt zu kommen, den Tag zu strukturieren und überhaupt etwas Sinnvolles zu tun, so ist es doch auch so, dass nicht wenige der HelferInnen vom Jobcenter zu den DLZs geschickt werden, damit sie sich dort zumindest das hinzuverdienen können, was im Rahmen vom Hartz-IV-Bezug erlaubt ist, nämlich im Jahresdurchschnitt 175 Euro monatlich. Der Kauf einer Fahrkarte ist bereits mit eingerechnet. Dafür muss durchschnittlich sechs Stunden in der Woche gearbeitet werden. Brauchen KundInnen mehr Hilfe, müssen

sie auf eine zweite Kraft ausweichen. Die Umstellung auf eine andere Person fällt oft gerade alten Menschen nicht immer leicht.

Aber welche Hartz-IV-BezieherIn würde das Angebot nicht annehmen? Immerhin bedeutet es, das monatliche Einkommen um fast fünfzig Prozent aufstocken zu können. Der Regelsatz für Hartz-IV-BezieherInnen beträgt 382 Euro – 175 Euro mehr im Monat bedeuten, für die Kinder die neuen Turnschuhe kaufen zu können oder auch mal einen Familienausflug machen zu können. Ein fester Arbeitsplatz allerdings wäre noch schöner.

Angebote der DLZs:

- In persönlichen Gesprächen werden individuelle Hilfsangebote zusammengestellt
- Hilfen für zu Hause, der täglichen Hausarbeit und deren Finanzierung
- Hilfe in der Alltagsbewältigung, wie zum Beispiel: Einkaufen, Wäsche waschen, Zubereitung von Mahlzeiten, Begleitung bei Behördengängen, Arztbesuchen oder ähnlichem
- Organisation von Nachbarschaftshilfe für Hauswirtschaft, Begleitung und Betreuung
- Vermittlung von häuslicher Pflege, Hausnotruf oder Essen auf Rädern
- Information über Wohnungsangebote für ältere oder behinderte Menschen
- Informationen über Leistungen aus der Pflegekasse
- Vermittlung weiterer Hilfen
- Weitergabe wichtiger Adressen für Kuren und Erholungsreisen, Kurse zur Gesundheitsförderung, Mittagstische, Begegnungsstätten, Essen auf Rädern, Hausnotrufe, Pflegedienste und vieles mehr
- Beratung und Hilfen für Angehörige, wie zum Beispiel in der Demenz-Angehörigengruppe

Die Adressen der einzelnen Dienstleistungszentren erfahren Sie unter: <http://www.soziales.bremen.de/sixcms/media.php/13/3-2b%20DLZ%20Anlage%201.4160.pdf> oder in Google „Liste aller Dienstleistungszentren in Bremen“ eingeben.

Das Betreuungsgeld verschärft die Altersarmut

.....
 Zum 1. August 2013 besteht ein Rechtsanspruch für Kinder, die das erste Lebensjahr vollendet haben, auf einen Platz in einer Kindertagesstätte. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes fehlten zur Umsetzung dieses Rechtsanspruchs im November 2012 bundesweit noch 220.000 Kitaplätze. Auch in Bremen stehen noch längst nicht genügend Kitaplätze zur Verfügung.



© Moni Seitel/pixelio.de

Die Bundesregierung hat – auch zur Entlastung des Drucks auf die Umsetzung des Rechtsanspruchs – das Betreuungsgeld beschlossen. Das Betreuungsgeld wird gezahlt, wenn Eltern sich entschließen, ihre Kinder zu Hause zu betreuen und nicht in eine Kindertagesstätte zu geben. Ausgenommen vom Betreuungsgeld sind allerdings Hartz-IV-EmpfängerInnen.

Das Betreuungsgeld wird auf das Arbeitslosengeld II vollständig angerechnet. Von daher besteht die versprochene Wahlfreiheit der Eltern zwischen Kitaplatz oder Betreuungsgeld ohnehin nur für Menschen in Lohn und Brot. Da das Betreuungsgeld kein Gehalt aufwiegt, besteht die Wahlfreiheit auch für Geringverdiener nicht wirklich. Das Betreuungsgeld muss deshalb als Geschenk für Besserverdienende gewertet werden.

Ein wichtiges Ziel des Rechtsanspruchs auf den Kitaplatz war die bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Durch die Einführung des Betreuungsgeldes werden Eltern (und vornehmlich Mütter) aus der Arbeitswelt herausgedrängt.

Der Verzicht auf die Erwerbsarbeit zur Erziehung von Kindern schmälert den Rentenanspruch erheblich. Dieser Zusammenhang darf in der Diskussion um den Rechtsanspruch auf Kitaplätze und das Betreuungsgeld nicht vergessen werden, denn er macht deutlich, dass Betreuungsgeld auch Rentenverzicht und Altersarmut für die Eltern bedeuten kann.

Damit Familie und Beruf wirklich vereinbar werden können – und auch die Renten steigen können – muss das Betreuungsgeld abgeschafft werden und in den Krippenplatz- und Kitausbau investiert werden. Nur so kann ein bedarfsgerechtes Angebot erreicht werden.

Außerdem sprechen wir uns dagegen aus, dass Hartz-IV-EmpfängerInnen von staatlichen Leistungen ausgenommen werden. Dies betrifft nicht nur das Betreuungsgeld, sondern diese schwarz-gelbe Regierung hat auch die Rentenversicherungsbeiträge für Hartz-IV-EmpfängerInnen gestrichen.

Gute Bildung – gute Arbeit – gute Rente, das sind die Grundpfeiler, um wirkliche Teilhabe zu sichern.

Standortvorteil für wen? Minijobs fördern Altersarmut

.....
Minijobs sind geringfügige Beschäftigungen, bei denen die monatliche Verdienstgrenze neuerdings bis zu 450 Euro beträgt (früher die so genannten "400 Euro-Jobs").

Laut Bundesagentur für Arbeit sollen diese prekären Beschäftigungsverhältnisse nur als Einstiegs- oder Zwischenlösung genutzt werden, damit der Arbeitgeber den 450-Euro-Jobber und seine „Arbeitsergebnisse im Arbeitsalltag erlebt“. Der Arbeitnehmer solle so „Berufserfahrungen sammeln und neue Einblicke erwerben, (...) neue Kontakte knüpfen, Referenzen sammeln und neue Einblicke erwerben“. Ein Minijob könne der Einstieg in ein reguläres Arbeitsverhältnis sein, heißt es auf der offiziellen Webseite der Agentur, die aber auch erwähnt: „Minijobs im gewerblichen Bereich sind versicherungsfrei in der Sozialversicherung. Arbeitnehmer zahlen in der Regel keine Beiträge und verdienen brutto für netto. Für Arbeitgeber besteht hingegen Melde- und Beitragspflicht. Sie zahlen pauschale Abgaben an die Minijob-Zentrale“.

Im März 2009 gab es in Deutschland etwa 4,9 Millionen ausschließlich geringfügig Beschäftigte. Hinzu kamen 2,25 Millionen geringfügig Beschäftigte im Nebenjob, zusammen also rund 7,15 Millionen geringfügig Beschäftigte. Im Februar 2012 stieg die Gesamtzahl auf rund 7,45 Millionen.

Der 68. Deutsche Juristentag beschäftigte sich im September 2010 unter dem Stichwort „atypische Beschäftigungsverhältnisse“ mit der geringfügigen Beschäftigung und forderte deren Abschaffung. Hintergrund ist die Erfahrung, dass die geringfügige Beschäftigung die Normalarbeitsverhältnisse zurückdränge. Dies habe auch zur Folge, dass keine ausreichenden Ansprüche auf Altersversorgung in der gesetzlichen Rentenversicherung entstünden. Daraus entstünde eine gravierende Altersarmut, folgerten die Rechtsexperten.

Auch die Regierungskoalition selbst ist sich nicht einig in der Bewertung der Mini-Jobs, auch wenn sie nichts zur Veränderungen beitragen. „Die Zeit“ zitiert Arbeitsministerin Ursula von der Leyen (CDU) mit der Aussage,

sie sei „eine entschiedene Gegnerin der Ausweitung der Minijobs“. Zumindest in einem internen Papier kritisierte laut „Passauer Neue Presse“ auch Familienministerin Kristina Schröder (CDU) die Anhebung der Grenze von 400 auf 450 Euro monatlich. Der Entwurf führe „gleichstellungs- und arbeitsmarktpolitisch in die falsche Richtung“, heißt es demnach in der Stellungnahme.

Nicht weniger deutlich urteilen die Gewerkschaften: Als „Teufelswerk“ verurteilte Franz-Josef Möllenberg, der Vorsitzende der Gewerkschaft Nahrung, Genuss, Gaststätten (NGG), die Jobs gegenüber dem „Spiegel“. Dem Nachrichtenmagazin sagte er: „Minijob hört sich so niedrig an. In Wahrheit ist es eine Zeitbombe, weil die Inhaber keine Rentenansprüche erwerben.“

Ganz anders Bundeswirtschaftsminister Philipp Rösler (FDP). Er sagte der „Neuen Osnabrücker Zeitung: „Ich halte es für falsch, Minijobs als Armutsfalle abzulehnen. (...) Sie sind vor allem ein Beitrag zu mehr Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt. Und das ist ein wichtiger Standortvorteil, den wir bewahren sollten.“

Das Handelsblatt schreibt im August 2012: „Viele Minijobber erhalten auch Minilöhne. Insgesamt verdienen laut Statistischem Bundesamt 2010 elf Prozent der Arbeitnehmer weniger als 8,50 Euro pro Stunde. Mit 46 Prozent sind die meisten von ihnen Minijobber. Besonders betroffen seien Frauen. 60 Prozent der Beschäftigten mit einem Stundenlohn unter 8,50 Euro sind weiblich.“

DIE LINKE. steht dafür, dass jede Arbeit ab der ersten Stunde sozialversicherungspflichtig ist. Minijobs gehören abgeschafft. Der gesetzliche Mindestlohn von zehn Euro die Stunde muss eingeführt werden. Ab der ersten Stunde Arbeit muss auch in die Rentenkasse eingezahlt werden und so durch einen guten Lohn auch eine gute Rente im Alter geschaffen werden.

Armut fängt nicht erst mit der Rente an

Gerade Frauen klagen zu Recht über eine viel zu niedrige Rente. Doch Altersarmut wird bereits in jungen Jahren festgelegt. Frauen arbeiten wesentlich häufiger als Männer in Minijobs und bekommen damit im Alter weniger Rente. Sie scheiden vorübergehend aus dem Erwerbsleben aus, weil sie die Kinder oder andere pflegebedürftige Angehörige versorgen. Das alles macht sich bei der Höhe der Rente bemerkbar.



© Rike/pixelio.de

Zwar ist es richtig, dass immer mehr Menschen als erwerbstätig gelten und dies sicher auch sind, in dem Sinne, dass sie einer Beschäftigung nachgehen, für die sie ein Entgelt bekommen. Aber wie sehen diese Beschäftigungsverhältnisse aus? Der Frauenanteil an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten beträgt nur 46 Prozent. Nur diese erwerben aus ihrer Arbeit später einen Rentenanteil. Wer arbeitet, ohne Sozialabgaben zu leisten, weil der Verdienst zu gering ist, wird später auch keine Rente

Laut der Arbeitsmarktberichterstattung der Bundesagentur für Arbeit vom Juni 2012, deren Zahlen auf dem Mikrozensus basieren, lässt sich sowohl für Männer als auch für Frauen eine Zunahme der Erwerbstätigkeit verzeichnen. Aber was heißt das? Was sich erst einmal gut anhört, zeigt bei näherer Betrachtung dann doch seine Schattenseiten. Der Bericht sagt auch, dass Mini-Jobs nach wie vor überwiegend von Frauen ausgeübt werden und das durchschnittliche Bruttoeinkommen der Frauen immer noch deutlich unter dem der Männer liegt (im Schnitt um die 22 Prozent) und zudem sind Frauen länger arbeitslos als Männer. „Frauen sehen sich am Arbeitsmarkt spezifischen Problemen gegenüber, die auch im Zusammenhang mit persönlichen oder familiären Verpflichtungen zu sehen sind“, heißt es dem Bericht, was nichts anderes bedeutet, als dass Frauen immer noch zurückstecken, wenn es gilt, sich um die Familie statt um die eigene Karriere zu kümmern.

bekommen, sondern sich mit dem begnügen müssen, was die Grundsicherung hergibt. Bei den geringfügig Beschäftigten beträgt der Anteil der Frauen 66 Prozent. Es sind eben immer noch oftmals die Frauen, die Teilzeitbeschäftigungen annehmen, um sich „nebenbei“ um die Familie zu kümmern. Rentenpunkte aber gibt es nur für bezahlte Arbeit außerhalb der Familie, von den wenigen Punkten für die Kindererziehung einmal abgesehen, die aber keinesfalls dem tatsächlichen Aufwand entsprechen. Die Zahl der teilzeitbeschäftigten Frauen wuchs in den letzten Jahren um weit über eine Million. Die Zahl der ganztags arbeitenden Frauen ging dagegen um fast 600.000 zurück. Das bedeutet insgesamt, immer mehr Frauen werden in den prekären Beschäftigungssektor gedrängt, verdienen weniger, haben geringere Aufstiegschancen und erwerben weniger Rentenpunkte. Sie tauchen in den Statistiken aber weiter als beschäftigt auf.



Arbeitslose Männer und Frauen unterscheiden sich darin, dass fast fünf Prozent der Arbeitslosen Frauen sogenannte BerufsrückkehrerInnen sind. Es sind Frauen, die nach einer Pause, die fast immer der Fürsorge für die Familie galt, wieder arbeiten wollen. Bei den Männern liegt dieser Anteil bei nur 0,1 Prozent. Zudem waren fast 20 Prozent der arbeitslosen Frauen alleinerziehend, aber nur 1,3 Prozent der Männer kümmerten sich alleine um den Nachwuchs.

Auch die Bundesagentur für Arbeit erkennt, dass Frauen es auf dem Arbeitsmarkt oft schwerer haben als Männer. Selbst wenn Frauen nach einer Familienpause in den Beruf zurückkehren wollen, brauchen sie dabei Unterstützung, in Form von Krippen- oder Hortplätzen. Sie brauchen flexiblere Arbeitszeiten, weil Kinder auch mal krank werden oder die Schule ausfällt. Und sie brauchen vor allem sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse, damit im Alter auch die Rente stimmt.

Frauen arbeiten vorwiegend im Gesundheits- und Sozialwesen. Generell sind das die Bereiche, in denen weniger verdient wird, zum Beispiel ArzthelferInnen oder PflegehelferInnen. Aber 30 Prozent der in den letzten Jahren neu geschaffenen Arbeitsplätze entstanden in diesen Bereichen. Die Zahl der Mini-JobberInnen stieg seit 2003 von 5,53 Millionen auf 7,39 Millionen. Nicht nur der Wunsch nach mehr Flexibilität treibt Frauen in diese Jobs, mehr noch wohl die Praxis der Arbeitgeber, auf diese Weise sich ein Heer von allseits einsetzbaren und schlecht bezahlten MitarbeiterInnen zu halten. Doppelt so viele Frauen wie Männer üben ausschließlich einen Mini-Job aus.

Auch in Sachen Bezahlung haben Frauen das Nachsehen. Das durchschnittliche monatliche Bruttoarbeitsentgelt von Männern betrug 2932 Euro, Frauen dagegen bringen es nur auf 2312 Euro im Monat. In den von Frauen bevorzugten Branchen wird allgemein weniger gezahlt und sind die Aufstiegsmöglichkeiten begrenzt. Auch das geht wieder zu Lasten der Rentenpunkte.



Die zwei Gesichter der Tafeln

.....
 Deutschland ist ein Land des Überflusses. Rund die Hälfte aller produzierten Lebensmittel werden nicht konsumiert, sondern wandern in den Müll. Gleichzeitig ist auch die Armut eine Realität in diesem Land. Ein Gradmesser für diese Armut ist die Existenz der Tafeln. Bundesweit gibt es zurzeit über 900 Tafeln, die insgesamt 1,5 Millionen Menschen unterstützen.



© picture alliance

In Bremen gibt es die Tafel seit 1995. Zurzeit hat sie Standorte in Hemelingen, Gröpelingen und Huchting und wird von über 7000 Menschen genutzt. Die Betreiber der Bremer Tafel gehen jedoch davon aus, dass die Anzahl derer, die das Angebot der Tafel nutzen könnten, weil sie bedürftig sind, sehr viel höher ist. Viele Menschen nähmen die Unterstützung aus Scham für ihre eigene Armut nicht in Anspruch, erklärt Wilfried Runge, der Geschäftsführer der Bremer Tafel.

Wer zur Tafel kommt und nachweist, dass er ein geringes Einkommen besitzt, erhält einen anonymisierten Ausweis, der ihn berechtigt, einmal in der Woche Lebensmittel von der Tafel zu erhalten. Bei jedem Besuch werden die NutzerInnen um eine Spende in Höhe von 1,50 Euro gebeten. Mit diesem Geld wird zum einen ein Teil der laufenden Kosten gedeckt, zum anderen



© picture alliance

soll damit der Eindruck vermieden werden, es handele sich bei den Leistungen der Tafel um ein Almosen. Die Tafel deckt für etliche Menschen einen beträchtlichen Teil ihres Lebensmittelbedarfs. Schon deshalb ist ihre Arbeit nicht gering zu schätzen, genauso wenig wie das Engagement der über 100 Bremer Ehrenamtlichen, die die Ausgabe der Lebensmittel erst ermöglichen.

Auf der anderen Seite werden die Tafeln vor allem von den großen Supermarktketten genutzt, um ihre „überschüssigen“ Lebensmittel preiswert zu entsorgen. Insofern bedingen sich der Überfluss der Mehrheitsgesellschaft und die Versorgung der Armen gegenseitig. Dabei darf jedoch nicht vergessen werden, dass die NutzerInnen der Tafeln durch deren Unterstützung weder weniger arm werden, noch neue Lebensperspektiven erhalten.

Deshalb schreibt der Soziologe Stefan Welke, würde Armut durch die Tafeln nicht bekämpft, sondern durch die stille ehrenamtliche Hilfe unsichtbar gemacht. Die Bekämpfung der Ursachen der Armut als staatliche und gesellschaftliche Verpflichtung gerät aus dem Blick, wenn ausschließlich Symptome kuriert werden. Der anormale Zustand, dass tausende Menschen hierzulande in Armut leben, wird scheinbar normal, weil es die anerkannte Form der Versorgung über die Tafeln gibt. Vergessen wird dabei indes auch, dass selbst die Arbeit der Tafeln nur unter prekären Bedingungen möglich ist. So wird die notwendige Arbeit der Bremer Tafel von Ehrenamtlichen und zehn Ein-Euro-Jobbern geleistet, denen ihre Tätigkeit wohl Anerkennung und einen geordneten Tagesablauf, aber keine sichere Perspektive zu bieten vermag.



Agnes Alpers und Mitarbeiter der Tafel

In den Grundsätzen der Tafeln heißt es, dass sie „... überschüssige Lebensmittel, die nach den gesetzlichen Bestimmungen noch verwertbar sind, ...“ sammeln und sie an Bedürftige abgeben. Mit dieser Formulierung ihres Selbstverständnisses zeigen die Tafeln ihre zwei Gesichter: Sie erfüllen als Instrument zur Linderung akuter Not eine sinnvolle und wichtige Funktion. Sie müssen allerdings als Mittel zur strukturellen Überwindung von Armut versagen, weil ihnen die Ursachen der so genannten Bedürftigkeit aus dem Blick geraten müssen, solange sie den Zusammenhang von Armut auf der einen und Überfluss auf der anderen Seite nicht thematisieren. Wo dies nicht geschieht, bleiben die Armen arm und die Betroffenen werden weiterhin

weniger Möglichkeiten zur gesellschaftlichen Teilhabe erhalten als ihnen zusteht – auch weil sie sich weiterhin ihrer Armut schämen werden.

Erst wenn die Mehrheit der Menschen erkennt, dass Armut kein individuelles, sondern ein gesellschaftliches Problem ist, wird auch der Weg zu einer nachhaltigen Lösung des Problems der Armut geöffnet werden. Eine solche Lösung wird sich jedoch nicht ohne die von Karl Marx formulierte Einsicht in den Zusammenhang von Produktion und Profit realisieren lassen: „Es werden nicht zu viel Lebensmittel produziert im Verhältnis zur vorhandenen Bevölkerung. Umgekehrt. Es werden zu wenig produziert, um der Masse der Bevölkerung anständig und menschlich zu genügen“. Aber es werden periodisch zu viel Arbeitsmittel und Lebensmittel produziert, um sie „... zu einer gewissen Rate des Profits fungieren zu lassen.“ Solange Menschen keinen ausreichenden Zugang zu den benötigten Lebensmitteln haben und es der Tafeln und Suppenküchen bedarf, wird es Armut und insbesondere Armut von älteren Menschen geben. Denn so ehrenvoll und notwendig die individuelle Unterstützung gegen die Verarmung ist, so sehr bleibt die Bekämpfung dieser Armut doch eine politische Aufgabe.

Bremer Tafel

Die Bremer Tafel besteht seit 1995 und betreut zurzeit rund 7000 Menschen.

Bei der Bremer Tafel arbeiten derzeit etwa 100 Ehrenamtliche und 10 sogenannte Ein-Euro-Jobber.

Die Tafel erhält die Nahrungsmittel, die sie verteilt, vor allem von Supermärkten und Lebensmittelherstellern, die die Ware spenden.

Die MitarbeiterInnen der Tafel kümmern sich um die Abholung, Sortierung und Verteilung der Waren.

Die NutzerInnen der Tafel müssen ihre Bedürftigkeit nachweisen und erhalten dann einmal wöchentlich Waren aus dem Angebot der Tafel.

Die NutzerInnen werden gebeten, pro Besuch 1,50 Euro zu spenden.

Aus der Sicht der Arbeiterwohlfahrt

Die Bundestagsabgeordnete Agnes Alpers trifft die Leiterinnen der Abteilungen Stationäre Pflege und Ambulante Pflege in der Geschäftsstelle der Arbeiterwohlfahrt (AWO). Bei Keksen, Kaffee und Wasser reden sie über die Altersarmut, die die beiden Abteilungsleiterinnen in ihrer Arbeit immer deutlicher zu spüren bekommen.



Agnes Alpers im Gespräch mit Mitarbeiterinnen der AWO

Da sind zum Beispiel die Dienstleistungszentren (DLZ), von denen einige auch von der Arbeiterwohlfahrt betrieben werden, (siehe Seite 26). Die größte Zahl der ehrenamtlichen HelferInnen ist auf den „Zuverdienst“, den sie sich durch die Aufwandspauschale dort erarbeiten, bitter angewiesen, denn es sind selbst Hartz-IV-BezieherInnen. Wenn der Kunde ebenfalls das Geld „vom Amt“ erhält, in diesem Fall in Form von Grundsicherung, dann kommt es oftmals zu Verzögerungen in der Auszahlung, denn die Ämter sind schlicht überfordert mit „so viel bürokratischem Aufwand“. Die HelferInnen müssen Stundenzettel führen, die sie beim Amt einreichen. Dort werden diese bearbeitet und dann erst das Geld angewiesen. Das braucht Zeit und führt nicht selten zu Verzögerungen. Das mag einerseits verständlich sein, führt aber bei den HelferInnen zu argen finanziellen Engpässen. Da muss dann schon mal der Einkauf um einige Tage verschoben werden, weil das nötige Geld noch nicht auf dem Konto ist.

Aber auch in der stationären Pflege ist das Thema „Altersarmut“ nicht unbekannt. Aufenthalt und Pflege werden zwar übernommen, aber für pflegebedürftige SeniorInnen steht lediglich ein Taschengeld

von 103,98 Euro im Monat zur eigenen Verfügung. Da wird es knapp, wenn geraucht wird. Aber wer wird einem alten Menschen auch noch das Rauchen nehmen wollen? Was hat er denn sonst noch? Hin und wieder müssen dann schon mal Verwandte einspringen, wenn ein Ausflug mit den anderen ansteht oder gar mal ein Friseurbesuch nötig ist. Denn für derartigen Luxus zahlt die Pflegeversicherung nicht.

Aber auch von einer verdeckten Armut wissen die beiden Führungskräfte der AWO zu berichten. Gerade alte Menschen schämen sich oft zuzugeben, dass die Rente zum Leben eigentlich nicht reicht, wo sie doch ihr ganzes Leben lang gearbeitet haben. Der Gang zum Amt fällt vielen schwer. Da wird dann eben lieber mal ein bisschen gehungert oder der Kauf eines warmen Wintermantels wieder einmal verschoben. Lohnt ja doch nicht mehr, man ist ja schon alt. Armut im Alter macht oft allzu bescheiden.

Aber auch wer längst noch nicht ins Heim will und sich zu Hause gut aufgehoben fühlt, ist im Alter oft benachteiligt, wissen die zwei Expertinnen zu berichten. So würden viele alte Menschen gerne viel mehr am Geschehen im Stadtteil teilnehmen, aber wie sollen sie zum Beispiel zum Kaffeetrinken ins Bürgerzentrum kommen? Zu Fuß geht nicht mehr, mit dem Bus auch nicht mehr alleine, eine Begleitung ist nicht da. Und für ein Taxi fehlt das Geld. Gleiches gilt für einen Besuch im Theater. Was nützen günstige Theaterkarten, wenn der Weg dorthin nicht zu schaffen ist? „Es müsste eine gesicherte Mobilität für Senioren geben“, meint nicht nur Agnes Alpers. Den Hilfsdiensten allerdings fehlt dafür das Geld, auch wenn sie gerade an dieser Stelle gerne aktiv werden würden.

Die AWO „...ist ein Mitgliederverband, der für eine sozial gerechtere Gesellschaft kämpft und politisch Einfluss nimmt“, so zu lesen auf der Homepage der AWO.

Der seit 90 Jahren tätige Verband besteht derzeit aus circa 2000 Mitgliedern, die in zwölf Ortsvereinen organisiert sind. Die Arbeit in den 90 Einrichtungen wird von insgesamt 1400 hauptamtlichen Beschäftigten und

zahlreichen ehrenamtlichen Helfern geleistet. Besonders tut sich die AWO auf dem Gebiet der Altenarbeit hervor, sieben Dienstleistungszentren, je drei Anlaufstellen für die Häusliche Pflege, die Tagespflege oder Begegnungsstätten. Hinzu kommen sechs Pflegeeinrichtungen und zwei Einrichtungen, in denen Senioren eine Wohnung mit Service mieten können.

Altersarmut bei MigrantInnen

.....
MigrantInnen, die im Folge der Anwerbeabkommen zwischen Deutschland und den Herkunftsländern ab den 1950er Jahren nach Deutschland gekommen sind, haben heute längst das Rentenalter erreicht. Diese älteren MigrantInnen stellen keineswegs mehr nur eine kleine Randgruppe dar. Von Altersarmut sind sie jedoch noch stärker betroffen als hier geborene RentnerInnen.

MigrantInnen bekommen durchschnittlich 20 Prozent weniger Rente als Menschen, die ihr gesamtes Arbeitsleben in Deutschland verbracht haben. Es sind monatlich oft weniger als 650 Euro, die sie zur Verfügung haben. Damit liegen sie deutlich unterhalb der Armutsgrenze.



Viele der heute hier lebenden RentnerInnen mit Migrationshintergrund kamen einst aus der Türkei oder aus dem heutigen Ex-Jugoslawien, auch aus Griechenland und Italien.

In Studien, unter anderem des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW), haben WissenschaftlerInnen die Renten der MigrantInnen aus der Türkei und dem ehemaligen Jugoslawien mit den Renten der schon immer in Deutschland ansässigen RentnerInnen verglichen. Auch andere Studien, wie der „Fünfte Altersbericht“ der Bundesregierung, bestätigen die Ergebnisse der DIW-Studie „Arbeitseinkommen bei ZuwandererInnen“.

Der Grund für diese Rentenmisere ist, dass die MigrantInnen erst als Erwachsene nach Deutschland kamen und dadurch weniger in die Rentenkasse eingezahlt

haben, weil sie bereits etliche Jahre ihres Erwerbslebens in den Heimatländern verbracht hatten. Bevor sie nach Deutschland kamen, waren sie in ihren Heimatländern oft in dem sogenannten informellen Sektor tätig, waren also nicht sozial versichert. Im Schnitt haben sie 13 Jahre lang weniger Beiträge geleistet.

Zudem waren sie wesentlich häufiger von Arbeitslosigkeit betroffen. Das liegt nicht zuletzt daran, dass sie vielfach in der produzierenden Industrie

tätig waren. In den letzten drei Jahrzehnten wurde dieser Industriezweig in aber Deutschland stark abgebaut oder wanderte in die so genannten Billig-Lohn-Länder ab. Zudem wurde in diesem Sektor schon immer schlecht gezahlt.

Hinzu kommt, dass die ehemaligen „GastarbeiterInnen“ sehr oft ungelernt oder angelernt waren und deshalb in der Gehaltsstufe niedriger eingestuft wurden.

Die türkischen und ex-jugoslawischen EinwandererInnen unterstützen traditionell ihre Verwandten und Familien, was das zur Verfügung stehende Einkommene noch einmal mindert. In einem MigrantInnen-Haushalt

leben durchschnittlich 2,8 Personen, in einem deutschen Haushalt dagegen 1,7 Personen. Gerade junge MigrantInnen sind häufig von Arbeitslosigkeit betroffen und können mangels ausreichendem Einkommen ihr Elternhaus erst spät verlassen.

Zurzeit sind rund 40 Prozent der älteren EinwanderInnen aus Ex-Jugoslawien und aus der Türkei arbeitslos, bevor sie in die Rente gehen. Aufgrund der großen Pleiten und Auslagerungen in Billig-Lohn-Länder in der Metallindustrie in den letzten Jahren wurden

zahlreiche MigrantInnen mit Anfang 50 arbeitslos. In diesem Alter aber gibt es nur wenig Chancen, eine neue Arbeit zu finden.

ExpertInnen der SeniorInnenforschung gehen davon aus, dass sich die Lage auch für die zweite Generation von RentnerInnen mit Migrationshintergrund nicht ändern wird. Die Situation könnte sich nur durch eine starke Verbesserung der Arbeitssituation der älteren Menschen und ZuwandererInnen zum Positiveren wenden.

Ältere ausländische Bevölkerung nach Alter und Geschlecht, 1997/2002

| Alter von... bis unter ... | 1997 | | | 2002 | | |
|-------------------------------|-----------|----------|----------|-----------|----------|----------|
| | Insgesamt | männlich | weiblich | Insgesamt | männlich | weiblich |
| 65 und älter | 275.752 | in% 49,4 | in% 50,6 | 419.236 | in% 52,2 | in% 47,8 |
| Davon: | | | | | | |
| 65-70 | 119.698 | 55,6 | 44,4 | 184.542 | 58,1 | 41,9 |
| 70-75 | 71.039 | 47,6 | 52,4 | 161.778 | 53,2 | 46,8 |
| 75-80 | 40.224 | 45,0 | 55,0 | 61.660 | 45,2 | 54,8 |
| 80 und älter | 44.791 | 39,7 | 60,3 | 70.950 | 42,3 | 58,7 |

Quelle: Statistisches Bundesamt

Für junge Menschen mit Migrationshintergrund gilt in Deutschland immer noch:

- Junge Menschen mit Migrationshintergrund erhalten nur halb so oft einen Ausbildungsplatz, auch bei gleich guten Schulabsschlüssen und sie sind doppelt so häufig arbeitslos wie Menschen ohne Migrationshintergrund.
- Besonders ausgeschlossen von Ausbildung sind junge Menschen mit türkischem und arabischem Migrationshintergrund.
- Insgesamt haben wir heute 2,2 Millionen Menschen zwischen 20 und 34 Jahren ohne Berufsausbildung, jährlich landen 300.000 junge Menschen nach der Schule im sogenannten Übergangssystem, obwohl sie eine Ausbildung suchen.
- In Bremen erhalten nur 40 Prozent der jungen Menschen, die eine Ausbildung suchen, auch tatsächlich einen Ausbildungsplatz.
- Gute Ausbildung für alle und gute bezahlte Arbeit, das sind Fundamente, um im Alter nicht in Armut zu leben. Bremen darf nicht weiterhin Spitzenreiter beim Anteil der Menschen ohne Berufsausbildung bleiben, sondern muss Spitzenreiter sein, wenn es darum geht, dass alle Menschen einen Berufsabschluss bekommen.

Interview mit dem renomierten Pflegewissenschaftler Stefan Görres

Stefan Görres ist Geschäftsführender Direktor des Instituts für Public Health und Pflegeforschung sowie Leiter der Abteilung Interdisziplinäre Alterns- und Pflegeforschung an der Universität Bremen. Der promovierte Sozialwissenschaftler gilt als führend auf dem Gebiet der Pflegeforschung und Sozialgerontologie. Er besitzt eine Professur im Studiengang „Pflegewissenschaft“ an der Uni Bremen.



AAA: Herr Dr. Görres, Armut und Alter, das hängt heute oft unmittelbar zusammen, aber was genau heißt eigentlich „arm sein“? Ist das nur von der Höhe der Rente abhängig oder gibt es gerade im Alter noch andere Kriterien?

Görres: Es gibt natürlich Definitionen, die sowohl materielle als auch immaterielle Aspekte von Armut ansprechen. Klar ist, dass es nicht alleine am Materiellen festgemacht werden kann. Es geht es auch um Wohnverhältnisse, um Teilhabe, um Lebensqualität. Alles ist natürlich miteinander verbunden.

AAA: Gibt es einen Unterschied zwischen Männern und Frauen?

Görres: Frauen sind in mehrfacher Hinsicht betroffen: Sie sind häufiger alleinstehend, im Durchschnitt älter und oft eine wesentlich niedrigere Rente. Hinzu kommt nicht selten ein pflegerisches Versorgungsproblem. Aus Sicht von Gerontologen und Pflegewissenschaftlern entsteht da eine Risikogruppe, sowohl in materieller und gesundheitlicher als auch versorgungsstruktureller Hinsicht.

AAA: Aber es geht doch nicht allen alten Menschen schlecht?

Görres: Völlig richtig. Wir haben sogar im Moment eine Alterskohorte, der es vergleichsweise gut geht. Das täuscht aber leicht darüber hinweg, dass es sehr wohl eine (häufig verdeckte) Altersarmut gibt, die sich weiter entwickelt. Perspektivisch betrachtet wird diese Gruppe größer werden. Wir haben viele, die in Zukunft eine Rente von vielleicht circa 500 Euro Rente plus cir-

ca 300 Euro Grundsicherung bekommen. Das reicht vorne und hinten nicht. Dies gilt insbesondere für jetzt alleinerziehende Mütter, Menschen aus immer stärker zunehmenden prekären Arbeitsverhältnissen und Teilzeitbeschäftigungen sowie für Menschen mit Migrationshintergrund, eine besonders stark wachsende Gruppe in unserer Gesellschaft. Wir müssen uns deshalb besser und weitsichtiger auf Altersarmut vorbereiten.

AAA: Wie bereitet sich eine Gesellschaft auf dieses Anwachsen der Altersarmut vor? Wie müssen Politiker reagieren, um ein menschwürdiges Alter zu sichern?

Görres: Das ist erst einmal eine Frage der materiellen Absicherung, also der Rente, und der Pflegeversicherung dann, wenn im Alter noch Pflegebedürftigkeit dazu kommt. Nicht weniger wichtig sind natürlich Fragen der weiteren Lebensverhältnisse.

AAA: Sie sind bekannt dafür, über bestehende Systeme hinauszudenken. Man kann ja auch einen Stadtteil oder Wohnformen verändern.

Görres: Ja, man muss den Bogen weit spannen, wenn es jenseits des rein Materiellen auch um die Lebens- und damit um die Wohnverhältnisse geht. Denn wenn ich alleine lebe, schlecht versorgt bin und in eingeschränkten Wohnverhältnissen lebe, dann nützen mir hundert Euro mehr eher wenig. Jenseits des Materiellen geht es deshalb sehr stark um Lebensqualität. Und das ist verbunden mit der Frage, ob man Lebensverhältnisse so gestalten kann, dass sich daraus eine akzeptable weil menschenwürdige Lebensqualität generieren lässt. Das betrifft ganz wesentlich Lebens- und Wohnformen etwa in einem Stadtteil. Es geht also auch um die Schaffung von Infrastrukturen und nicht nur um Geld. Da haben wir in Bremen gute Denker. Zum Beispiel Herr

© Gerd Altmann/pixelio.de



Künzel von der Bremer Heimstiftung. Die fordern schon lange, dass sich auch strukturell etwas ändern muss.

AAA: Wie kann das aussehen?

Görres: Wir verfolgen einen Stadt- oder Quartiersteilansatz, wo es darum geht, intelligente Lösungen jenseits des Geldes zu finden. Da wird überlegt, wie man die Lebensverhältnisse insgesamt verbessern kann, das heißt, im Stadtteil Strukturen zu schaffen, die den inneren Zusammenhalt, die Bindung der Menschen untereinander stärkt.

AAA: Wie genau geschieht das ?

© Albrecht E. Arnold/pixelio.de



Görres: Wir fragen, wie und wo Hilfpotenziale im Stadtteil aktiviert und für die Menschen nützlich gemacht werden können? Wenn jeder für sich alleine

lebt, denkt und handelt, insbesondere im Alter, passiert nichts. Es geht darum, die leeren Zwischenräume, das „Dazwischen“ wieder so anzureichern, dass Netzwerke entstehen.

AAA: Was meinen Sie mit dem „Dazwischen“?

Görres: Wir haben heute verstreut einzelne, meist professionelle Hilfeangebote und -potenziale, die nicht viel miteinander zu tun haben, also eher wenig vernetzt sind. Krankenhäuser, ambulante und stationäre Pflegeeinrichtungen, Ärzte, Essen auf Rädern, Nachbarn und Freunde. Zwischen diesen einzelnen Akteuren müs-

© Fotobox/pixelio.de



sen wir Verbindungen herstellen. Kommunikation steht an erster Stelle, aber auch ganz praktische gegenseitige Hilfe. Das alles

denken wir auf der Bühne des Stadtteils, also kleinräumig. Das ist leicht gesagt, aber schwer getan und hat auch viel mit Werten zu tun. Miteinander leben und kommunizieren muss als Wert an sich wieder entdeckt werden. Wir haben eine sehr stark individualisierte Gesellschaft in den letzten Jahren entwickelt, die sehr stark nach dem Leistungsprinzip ausgerichtet ist: Hektik und Stress auf der einen, gesellschaftlich abgehängt sein auf der anderen Seite. Das kann auch wieder anders werden.

AAA: Haben Sie Beispiele?

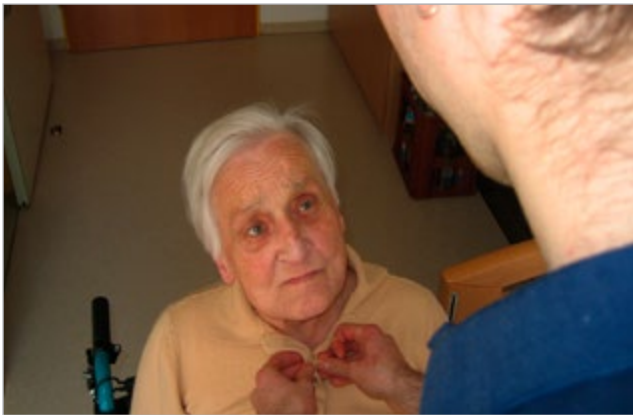
Görres: Ich denke da an Tenever, ein Stadtteil in Bremen und Joachim Barloschki, der mit seiner erfolgreichen Arbeit als „Stadtteilmanager“ vieles gestaltet und verändert hat. Er hat nicht nur bezogen auf ältere Menschen, sondern generationenübergreifend, soziale Bindungen und weitreichende Vernetzungen geschaffen und eine lebenswürdige Qualität in einem durchaus problematischen Stadtteil erreichen können. Auf basisdemokratische Weise hat er alle gesellschaftlichen Gruppen eingebunden und ihren Stadtteil mit gestalten lassen. Ich habe mir das mal angesehen und war ganz positiv angetan. In dieser Form könnte ich mir das vorstellen. Dazu aber braucht es ein Stadtteilmanagement.

AAA: Gibt es bereits einen Diskussionsansatz zu diesem Thema?

Görres: Es gibt in Deutschland einige Projekte, aber über den Modellcharakter sind wir noch nicht hinaus. Viele der Modelle sind noch nicht abgeschlossen. Aber dass wir alles, was wir inzwischen aus den wenigen bekannten Modelle an positiven Erfahrungen bündeln und dezidiert in einem Stadtteil Bremens einmal anwenden und auswerten, wäre eine verlockende Herausforderung. Leider sind wir offensichtlich noch nicht so weit, obwohl das in Bremen durch die Insellage einfach wäre.

AAA: Wie könnte so ein Modellversuch im Stadtteil aussehen?

Görres: Man müsste erst einmal ganz systematisch die



© Gers Altmann/pixelio.de



© Gers Altmann/pixelio.de

tatsächlichen Bedarfe ermitteln. Diese Bedarfe können von Stadtteil zu Stadtteil völlig unterschiedlich sein. Man muss auch schon vorwegnehmen, wie die Lage in zehn oder zwanzig Jahren aussehen wird, um rechtzeitig darauf reagieren zu können. Man muss sich ansehen, wie die Infrastruktur nicht nur bezogen auf die pflegerische und gesundheitliche Versorgung, sondern auch bezüglich öffentlicher Verkehrsmittel, Einkaufen, Wohnen und so weiter aussieht. Am Ende hätten wir so viele Erkenntnisse und sollten diese sich in der Umsetzung bewähren, könnte man diese auch auf andere Stadtteile übertragen. Wir wüssten nach der Auswertung, welche Potenziale schon vorhanden und welche Maßnahmen noch notwendig sind, jetzt und in Zukunft, um im Stadtteil für alle eine hohe Lebensqualität zu gewährleisten. So etwas haben wir in Deutschland noch nicht.

AAA: Was würde das für die finanzielle Ausstattung der Stadtteile bedeuten?

Görres: Grundsätzlich müssen Kommunen und damit auch Stadtteile finanziell bedeutend besser ausgestattet sein, um Infrastrukturverbesserungen planen und gestalten zu können. Für die gesundheitliche und pflegerische Versorgung bedeutet dies etwa, dass Leistungszuweisungen aus der Pflegeversicherung nicht nur vorwiegend an einzelne Antragsteller gehen, sondern viel stärker als bisher in eine bedarfsgerechte Infrastruktur gesteckt werden müssen. Das wäre nahezu ein Systembruch. Die Gestaltungskraft und Verantwortung ginge von der zentralen Ebene wesentlich auf eine dezentrale Ebene über. Das würde sicher mit

Anstrengungen und Umstellungen verbunden sein, im Endeffekt aber zur Entbürokratisierung beitragen und eine ganze Reihe an Synergieeffekten aktivieren. Für die Herstellung von guten Lebensverhältnissen und einer hohen Lebensqualität sind Kommunen beziehungsweise Stadtteile die geeignete Plattform. Dazu bedarf es allerdings der Steuerung und eines entsprechenden Qualitätsmanagements.

AAA: Aber die einzelnen Beteiligten haben unterschiedliche Interessen. Ärzte andere als Apotheker oder der Pflegedienst. Wie kriegt man das zusammen? Das ist doch auch eine politische Aufgabe. Wie kriegt man es hin, dass man alles aus einer Hand organisiert - und es auch bezahlbar bleibt.

Görres: Das geht nur über Systembrüche, was natürlich schwierig ist, weil in der Politik doch eher systemimmanent gearbeitet wird. Aber es stimmt, die einzelnen Beteiligten haben unterschiedliche Interessen und werden auch unterschiedlich finanziert. Und einige haben vielleicht auch gar kein Interesse an so einem Netzwerk. Deswegen ist es quasi eine Voraussetzung, dass das „Cluster“, wie ich die vernetzte Einheit eines Stadtteils immer nenne, in sich und als Ganzes finanziert wird. Das heißt zum Beispiel, dass die Kassen statt mit vielen einzelnen Akteuren mit dem ganzen Cluster oder Teilen davon Verträge abschließen. Bekannt ist uns dies durchaus aus den Grundsätzen einer „integrierten Versorgung“. Die Bedingung wäre, dass dieses Cluster funktionieren muss. Es darf keine Über- oder Unterversorgung geben, sondern eine, die bedarfsgerecht ist. Und nur wenn das

gewährleistet ist, gibt es einen Versorgungsvertrag mit den Kassen. Auch was Qualitätssicherung betrifft, wird dann nicht mehr nur in das einzelne Krankenhaus oder Pflegeheim geschaut, sondern die Qualität muss im gesamten Cluster stimmen.

AAA: Das hat auch viel mit unterschiedlichen Finanzierungssystemen zu tun. Welche rechtlichen Grundlagen gibt es? Kann der Pflegesatz zum Beispiel in den Stadtteil gegeben werden? Gibt es da schon Diskussionen?

Görres: Jenseits des Geldes gibt es durchaus Diskussionen. Es gibt dazu viele interessante Initiativen, aber eines ist klar: Das gegenwärtige Finanzierungssystem müsste umgestellt werden. Diesbezügliche Gespräche mit den Krankenkassen gibt es derzeit, aber man müsste sie natürlich mit ins Boot holen und ausloten, was rechtlich überhaupt möglich ist oder was man modellhaft hinbekommen kann? Ohne Systembruch wird das nicht funktionieren, aber befristete Systembrüche lässt der Gesetzgeber ja durchaus in Form sogenannter Modellklauseln zu.

AAA: Kommen wir zum Thema "Arbeitsverhältnisse in der Pflege: Ein Drittel der Menschen, die in der Pflege tätig sind, sind über 50. Das sind hauptsächlich Frauen. Viele sind zudem prekär beschäftigt. Trägt das nicht auch dazu bei, dass der Beruf so wenig attraktiv ist.

Görres: Das ist richtig. Wir haben in der Pflege eine Menge Arbeitnehmerinnen, die sehr belastet sind durch den schwierigen und körperlich anstrengenden Beruf. Das kann auch zu einem verfrühten Ausscheiden aus dem Arbeitsleben führen oder zu vermehrten Krankmeldungen. Ja, und auch die prekären Arbeitsverhältnisse gibt es in der Pflege. Hinzu kommt, dass Eltern ihren Kindern zu allem anderen raten, aber nicht zu einem Pflegeberuf. Es herrscht die Meinung, man könne in der Pflege keine Karriere machen, der Verdienst sei zu gering, brutto um die 2.400 Euro. In anderen Dienstleistungsberufen wird mehr verdient. Übrigens gehört hier auch das Thema Mindestlohn-debatte hin, denn gerade in der Pflege finden wir eine Zunahme prekärer Arbeitsverhältnisse oder nicht tarifgerechte Löhne und dies



© Gers Altmann/pixelio.de

verstärkt bei privaten Anbietern, wie ver.di erst kürzlich feststellen konnte.

AAA: Es fehlen gut ausgebildete Pflegekräfte. Wo sollen die in ansehbarer Zeit herkommen?

Görres: Das ist eine echte Herausforderung. Es gibt derzeit eine starke Bestrebung, Pflegende aus dem Ausland zu holen: So zum Beispiel aus Ost- und Süd-Europa oder gar Asien. Aber erstens kommen diese nicht unbedingt nach Deutschland – sofern es sich um qualifizierte Fachkräfte handelt, finden sie vor allem in Großbritannien und Skandinavien wesentlich bessere Rahmenbedingungen vor. Zweitens fehlen sie dann häufig in ihrem eigenen Land. Pflege muss in jedem Falle attraktiver werden. Das kann natürlich einmal über die Entlohnung erfolgen, aber auch über eine qualitativ hochwertige Ausbildung. Bleiben wir doch mal bei der Ausbildung: Wir haben eine gute berufliche Ausbildung, aber kaum eine akademische Ausbildung in der Pflege. Da gibt es einen Nachholbedarf. Insbesondere für Pflegende, die direkt am Patienten oder Pflegebedürftigen arbeiten. Wir brauchen in Zukunft Pflegende, die auch diagnostizieren und behandeln, Abteilungen leiten, interdisziplinär arbeiten und Verantwortung übernehmen können. Weiter brauchen wir bessere Karrierechancen, eine größere Durchlässigkeit im Bildungssystem und flexiblere Arbeitszeiten, zumal Pflege immer noch in der Hauptsache ein Frauenberuf ist. Ich kann mir auch vorstellen, dass die Arbeitgeber hier mehr innovativ sind und zur Attraktivität der Arbeitsplätze etwa dadurch beitra-

gen, dass sie Möglichkeiten für die Versorgung pflegebedürftiger Eltern von Arbeitnehmern schaffen. Man geht also morgens zur Arbeit, nimmt ältere pflegebedürftige oder an Demenz erkrankte Angehörige mit und diese werden in einer Tageseinrichtung des Unternehmens versorgt. Deutlich schwerer wird es, wenn



© Paul-Georg Meister/pixellio.de

es um die gesellschaftliche Anerkennung von Pflegeberufen geht. Dabei ist der Pflegeberuf gar nicht so unattraktiv und viele, die ihn gewählt haben, würden ihn auch weiter empfehlen. Bei Altenpflege sieht das schon anders aus. Schließlich hängt das Ansehen hängt natürlich immer auch vom Verdienst ab.

AAA: Wie sieht das in anderen Ländern aus?

Görres: Die haben es zum Teil besser hinbekommen. In den USA, Skandinavien, Großbritannien und selbst in China ist die akademische Ausbildung im Pflegebereich schon seit Jahren Normalität. Die Verantwortung zwischen Ärzten und Pflegenden ist deutlich besser verteilt, zum Teil wird auf gleicher Augenhöhe gearbeitet

AAA: Wieso gibt es dieses Gefälle zwischen der Arbeit in einem Krankenhaus und einem Altenheim?

Görres: Wahrscheinlich lässt sich im Krankenhaus eher vermitteln, dass gut ausgebildetes Personal gebraucht wird, weil sich da viel mehr Technik findet und oft geht es um Leben und Tod. In der Altenpflege ist es nicht weniger anspruchsvoll, aber das lässt sich schlechter vermitteln. Da wird es immer etwas schwammig. In der Altenpflege heißt es immer noch „Pflegen kann jeder“. Das würde man im Krankenhaus nicht sagen. In der Altenpflege greifen auch stärker Marktmechanismen, die werden gerade von den Privaten sehr stark genutzt. Da geht es um Gewinnspannen und Einsparpotenziale und das geht am besten über das Personal, soweit der Gesetzgeber das zulässt. Gute oder schlechte Bezahlung hat aber immer auch mit Qualität zu tun.

AAA: Was sind Kriterien für die Qualität der Ausbildung

Görres: Mindeststandards sind, bezogen auf die berufliche Ausbildung, dass wir gleichziehen mit anderen Ausbildungsberufen. Das heißt, wir wollen weiter eine dreijährige Ausbildung, aber in einem berufsbildenden System. Die jetzigen Pflege-

schulen sind in der Regel Schulen des Gesundheitswesens. Je besser sich die Ausbildung in der Pflege in das ganz normale Ausbildungssystem integriert, je besser ist es. Pflegefachpersonal sollte also an Berufsfachschulen ausgebildet werden. Gleichzeitig muss aber eine akademische Ausbildung in einem durchlässigen System möglich sein. Wichtig ist aber immer die Einhaltung von Qualitätsstandards wie etwa akademisch gebildete Lehrer und eine wissenschaftliche Fundierung der Ausbildungsinhalte. Viele fordern auch die Vollakademisierung, das heißt, dass wir Pflegefachpersonal haben, das genauso gut ausgebildet ist wie Mediziner, also akademisch. Das wären dann die eigentlichen „Pflegeexperten“, die wir in Zukunft am Bett brauchen, die als Experten für Pflege behandeln können wie Ärzte auch. Dennoch beschäftigen wir uns aber auch mit der Frage, welche Assistenzberufe wir unterhalb der akademischen Ebene brauchen? Nötig sind verschiedene Qualifikationsstufen auf unterschiedlichen Levels mit zum Teil neuen Aufgabenzuschnitten. Hier sehe ich auch im Hinblick auf die Diskussionen um einen zukünftigen Personalmix erheblichen Entwicklungsbedarf.

AAA: Was ist mit der Forderung nach einer Pflegekammer?

Görres: Ich persönlich fände eine Pflegekammer sehr hilfreich in der jetzigen Situation. Hier könnten zum Beispiel auch berufliche, ethische oder Standards für die Aus-, Fort- und Weiterbildung festgelegt werden, um den Beruf zu „schützen“. Die Tarifpolitik sollte dagegen den Gewerkschaften überlassen bleiben.

AAA: Herr Dr. Görres, wir danken Ihnen für das Gespräch.

Auf ein Wort:

Und wenn sie nicht gestorben sind, dann rocken sie noch heute

Wir, hier in Bremen, haben einige Erfahrung mit dem Thema Altersarmut. Schon die Bremer Stadtmusikanten traten ihre Reise nach Bremen nur an, weil sie alt waren, von ihren Herren nicht genug zu fressen bekamen, sich aber einen gemütlichen und wohlverdienten Lebensabend sichern wollten. Mit anderen Worten: Esel, Katze, Hund und Hahn wollten eine existenzsichernde Rente und tierwürdige Wohnverhältnisse. Und sie waren bereit, dafür zu kämpfen.



So schlossen sie sich zusammen und machten sich auf den Weg nach Bremen, um hier eine Band zu gründen, aber auch, um sich in der Hansestadt eine ihren Bedürfnissen entsprechende Bleibe zu suchen. Eine Unterkunft in den bestehenden Tierheimen lehnten sie für sich ab. Sie verabschiedeten sich aus bisherigen Abhängigkeiten, das nicht immer ohne Konflikte, aber letztlich waren ihre Arbeitgeber wohl auch froh, die Querulanten und Aufwiegler los zu sein, zumal sie ohnehin nicht mehr profitorientiert einzusetzen waren.

Die Bremer Stadtmusikanten erreichten ihr Ziel, allerdings nicht ohne gehörig dafür kämpfen zu müssen. Darauf aber waren sie vorbereitet. Sie hatten es nicht anders erwartet. Eine Wohnung, wahrscheinlich wollten sie eine Alten-WG gründen, fanden sie nur, indem sie massiv für ihre Rechte eintraten und deutlich machten, dass auch Alte ohne Geld in den Gebieten wohnen können, in denen sonst nur die Jungen und Hippen ihre Zelte aufschlagen. Sie vertrieben die Vormieter und besetzten die Villa. Das gelang, indem sie alte Songs von den Stones und AC/DC vor der Haustür grölten.

Ob es ihnen auch gelang, ihren Unterhalt zu sichern, ist nicht eindeutig überliefert. Wahrscheinlich ist aber, dass sie ihre Grundsicherung, nicht ganz legal, durch musikalischen Darbietungen auch auf dem Marktplatz der Hansestadt aufbesserten. Das wohl nicht ganz erfolglos, denn man setze ihnen vor dem Rathaus ein Denkmal.

Es ist anzunehmen, dass zumindest ihre Geister noch in Bremen fast allerorten spürbar sind.

Leiten Sie unseren Newsletter gerne an FreundInnen, KollegInnen und andere Interessierte weiter.
Wenn Sie unseren Newsletter kostenlos abonnieren oder abbestellen möchten, reicht eine E-Mail an:
agnes.alpers@wk.bundestag.de.

Agnes Alpers Aktuell

Bisher sind folgende Newsletter erschienen, die Sie unter www.agnes-alpers.de nachlesen können:

Newsletter Ausgabe 1

20 Jahre Wiedervereinigung / Veränderung der Regelsätze für Hartz IV durch die Bundesregierung.

Newsletter Ausgabe 2

Ausverkauf des Sozialstaates per „Sparpaket“

Newsletter Ausgabe 3

Obdachlosigkeit

Newsletter Ausgabe 4

Kein Raum für Neonazis

Newsletter Ausgabe 5

Das Bildungs- und Teilhabepaket

Newsletter Ausgabe 6

Behinderungen im Alltag

Newsletter Ausgabe 7

Die Weihnachtsausgabe mit Texten, Liedern und Gedichte – ein wenig anders als traditionell.

Newsletter Ausgabe 8

In der Ausgabe geht es um Lebensmittelverschwendung und das Leben aus den Müllcontainern der Supermärkte.

Newsletter Ausgabe 9

Im Mai 2012 stand die Geschichte des ehemaligen Kriegsgefangenen- und KZ-Auffanglagers Sandbostel im Mittelpunkt des Newsletters.

Newsletter Ausgabe 10

Schwerpunkt: Sozial geförderter Wohnungsbau in Bremen

Newsletter Ausgabe 11

„Mitten unter uns - und doch oft nicht gesehen“
Von Menschen und Problemen, die im Alltag selten im Lebensmittelpunkt stehen.

IMPRESSUM

Herausgeberin und V.i.S.d.P.: Agnes Alpers

Redaktion: Agnes Alpers, Sabine Bomeier,
Orhan Çalişir, Lars Fischer, Florian Grams,
Rudolf Kossolapow

Layout: Rudolf Kossolapow

Bildnachweis:

S. 2 Inès. R. fotocommunity.de, Ausschnitt

S. 6, 9, 10, 30, 34: R. Kossolapow

S. 17 oben: tat-schmuck-dwwirtschaft-luxemburg

S. 22, 24, 30: Valentin Schinkel

S. 21, 23, 32, 33, 34: Sabine Bomeier

S. 28: International Woman's Day Poster

S. 32: picture alliance, Berliner Tafel

S. 35: S. Görres, privat

Weitere Fotos: www.pixelio.de

Anschrift: Wahlkreisbüro Agnes Alpers

Doventorstr 2, 28195 Bremen

Tel. 0421 - 16 53 974, Fax 0421 - 17 83 980

E-Mail: agnes.alpers@wk.bundestag.de

© 2013 by AutorInnen und Agnes Alpers

Sämtliche Texte und Bilder in diesem Newsletter dürfen
- auch auszugsweise - ohne ausdrückliche Genehmigung
der Urheber in keiner Form (zum Beispiel Druck, Fotokopie,
digitale oder elektronische Vervielfältigung) in anderen
Medien verwendet werden.

Der Newsletter darf aber ohne Genehmigung zu ausschließlich
nicht-kommerziellen Zwecken gerne weitergeleitet und
verbreitet werden.